

Holzarbeiter

Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitsvermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 19 Berlin, den 9. Mai 1931 39. Jahrgang

Eine gefährliche Politik

Der Reichsregierung Brüning wird von ihren Freunden nachgerühmt, dass sie eine eindeutige und zielklare Politik treibe. In mancher Hinsicht trifft dies zweifellos zu. Aber dabei geht es meist um Fragen von wenig grosser Bedeutung. Wenn es sich um wichtige Lebensfragen des Volkes handelt, treibt sie eine noch nie erlebte zwiespältige Politik.

Preisabbau und Lohnabbau waren wochenlang das A und O der Brüning-Regierung. Allerdings mit dem Unterschied, dass über den Preisabbau viel geredet und geschrieben, beim Lohnabbau aber tatenfroh gehandelt wurde.

Natürlich hat sie auch beim Preisabbau einige Erfolge zu verzeichnen. Aber durchweg nur bei solchen Waren, die für die Arbeiterfamilien wenig in Betracht kommen. Die Arbeiterfrau merkt von dem „grossen Preisabbau“ herzlich wenig. Wohl werden verschiedene Gegenstände des täglichen Bedarfs heute billiger angepriesen als vor einigen Monaten, beim näheren Hinsehen handelt es sich hier jedoch meistens um Waren minderer Qualität. Immerhin muss zugegeben werden, dass eine Senkung der Lebenshaltungskosten eingetreten ist, aber in keinem rühmenswerten Masse. Vor einigen Tagen veröffentlichte im „Vorwärts“ ein Arbeiter den Wochenetat für seine sechsköpfige Familie. Im Oktober 1930 betrug seine Wochenausgabe für Miete, Lebensmittel und die nötigsten Haushaltsartikel 47,92 Mark, im April dieses Jahres 47,17 Mk. Im einzelnen hatte er folgende Ausgaben:

	Wochenausgabe in Mark	Oktober 1930	April 1931
Miete für 2½ Zimmer	20,—	20,—	20,—
2 Pfund Fleisch	2,60	2,—	1,10
1 Pfund Wurst	1,30	1,—	1,10
Brötchen für 6 Personen	5,04	5,04	5,04
10 Pfund Kartoffeln	2,45	3,50	3,50
3 Pfund Gemüse	2,10	2,10	2,10
4 Brote	2,—	1,92	1,92
3½ Liter Milch	1,05	1,02	1,02
5 Pfund Margarine	4,50	3,75	3,75
1 Pfund Zucker	0,30	0,29	0,29
Salz, Pfeffer und Gewürz	0,20	0,20	0,20
Malz- und Bohnenkaffee	0,78	0,76	0,76
1 Päckchen Tee	0,15	0,15	0,15
Schuhcreme	0,10	0,10	0,10
Seife, Persil, Sil und Ata	1,—	0,96	0,96
Elektrisch Licht und Gas	2,50	2,50	2,50
1 Zentner Briketts	1,85	1,78	1,78
Zusammen	47,92	47,17	47,17

Die Wochen Ausgaben dieser Arbeiterfamilie für die allernotwendigsten Lebens- und Bedarfsartikel sanken in der Zeit des „grossen Preisabbaues“ um ganze 75 Pf. oder um 1,6 Prozent. Im gleichen Zeitraum wurde dem Familienvater der Wochenlohn um 4 Prozent gekürzt, von 51,81 Mk. auf 49,73 Mk.

Das Ergebnis der Preis- und Lohnabbauaktion ist für diesen Berliner Arbeiter also eine fühlbare Senkung des Reallohnes. Und dabei will uns scheinen, dass er noch wesentlich besser weggekommen ist als die meisten seiner Klassengenossen. Das Statistische Reichsamt rechnet allein für das erste Vierteljahr 1931 mit einem Abbau der Tariflöhne von durchschnittlich 4 bis 7 Prozent. Dazu kommen der Abbau im Laufe der letzten 9 Monate des vorigen Jahres und der Abbau der Akkordverdienste und der sogenannten Überlöhne. Um wieviel Prozent die Löhne in dieser ganzen Zeit tatsächlich abgebaut worden sind, lässt sich mangels zahlenmässiger Unterlagen für die Akkord- und Überlöhne schwer schätzen, man spricht von durchschnittlich 15 Prozent. Damit vergleiche man den schwachen Rückgang der Lebenshaltungskosten. In manchen Orten ist er vielleicht grösser, als er in der oben wiedergegebenen Haushaltsrechnung zum Ausdruck kommt, aber er ist nirgends so gross wie der Lohnabbau.

Die Reichsregierung Brüning hat bei der Einleitung ihrer Abbauaktion und seither wiederholt erklärt, dass der Preisabbau dem Lohnabbau voranzugehen müsse, denn eine Senkung des Reallohnes sei nicht ihr Ziel und liege nicht im Interesse der deutschen Wirtschaft. Das sind schöne Worte, die Taten sehen leider anders aus. Und anscheinend soll es künftig noch schlimmer werden. Dabei denken wir nicht einmal an die eifrig kolportierte Erzählung, nach welcher die Brüning-Regierung eine zweite Lohnabbauwelle einleiten will. Wir trauen ihr gewiss manches zu, aber für so von allen guten Geistern verlassen halten wir sie denn doch nicht. Auch wenn sie einen solchen Plan nur ernstlich erwäge, hiess das der deutschen Wirtschaft den Gnadenstoss versetzen. Also daran glauben wir vorerst nicht.

Gewiss aber ist, dass die Reichsregierung Brüning drauf und dran ist, die Kluft zwischen Lohn und Preis noch zu vergrössern, und zwar durch eine Erhöhung der wichtigsten Lebensmittelpreise. Natürlich nicht aus eitel Lust und Freude, sondern um „der Landwirtschaft zu helfen“, wie das Sprüchlein heisst. Der Landwirtschaft geht es, das wissen wir alle, nicht sonderlich gut. Am meisten leidet sie unter dem Preissturz auf dem Weltmarkt. Für verschiedene Erzeugnisse der Landwirtschaft ist der Preis so tief gesunken, dass er unter den heutigen deutschen Erzeugungskosten liegt. An diesem Zustand hat auch die Arbeiterschaft kein Interesse. Sie ist bereit,

der Landwirtschaft zu helfen, aber sie lehnt die Mittel ab, die ihnen die landwirtschaftlichen Vertreter empfehlen. Zölle und immer wieder Zölle sind die Hoffnung der Landwirtschaft. Die in den letzten Jahren vorgenommenen Zollerhöhungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind kaum zu zählen. Je mehr den Landwirten entgegengekommen wird, um so dreister werden sie mit ihren Forderungen.

Im Augenblick liegt der Reichsregierung wieder ein ganzes Bündel von Zollwünschen vor. Der Reichslandbund, die zentrale Organisation der Landwirte, besonders der Grossagrarien, fordert die Erhöhung des Zolles für Hülsenfrüchte, Gemüse, Obst, Margarine, Butter, Eier, Fleisch, Vieh und für Dutzende und aber Dutzende andere Waren. In einer Reihe von Fällen soll der Zoll verdoppelt werden, in anderen ist man etwas bescheidener, da fordert man, wie z. B. bei der Butter, „nur“ eine Erhöhung um 60 Prozent, von 50 auf 80 Mk.

Mit diesen Zollerhöhungen soll erreicht werden, dass die deutschen Preise um den Zollbetrag steigen.

Würde die Reichsregierung auf die Forderung der Landwirtschaft eingehen, so würden wir Lebensmittelpreise bekommen, dass uns Hören und Sehen vergeht. Eine Preiswelle würde über uns hinwegfluten, wie sie lange nicht erlebt worden ist. Und das im Zeichen des so viel beredeten Preisabbaues!

Wird die Brüning-Regierung die Zölle in dem geforderten Umfang erhöhen? Im Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, hat sie ihre Beratungen noch nicht abgeschlossen, aber vieles spricht dafür, dass sie den Wünschen der Agrarier weit, sehr weit entgegenkommen wird. Die Folgen kümmern sie anscheinend nicht. Weder die im Inlande noch die im Auslande. Im Inlande würde eine Preishatz einsetzen, die alle Berechnungen und Hoffnungen auf eine baldige fühlbare Besserung der Wirtschaftslage zunichte macht. Das Ausland wird nicht ruhig zusehen, wie Deutschland seine Einfuhr durch immer wieder erhöhte Zölle drosselt, es wird Gegenmassnahmen treffen. Es wird seinerseits die Zölle für deutsche Industriewaren

Bauarbeiterschutz-Kongress

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat einen Bauarbeiterschutz-Kongress, den vierten seiner Art, auf den 8. und 9. Juni nach Berlin berufen. Seit dem letzten Bauarbeiterschutz-Kongress, der gelegentlich der Internationalen Baufach-Ausstellung im Jahre 1913 in Leipzig stattfand, hat sich auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutzes manche Wandlung vollzogen. Der Kongress wird daher sowohl rückschauend zu der bisherigen Entwicklung Stellung zu nehmen als auch für die künftige Förderung des Bauarbeiterschutzes die Richtung anzugeben haben.

Als Auftakt für den Kongress ist eine allgemeine Kundgebung im Plenarsaal des Reichstages vorgesehen. Hierzu sollen Vertreter der Reichs- und Länderministerien, der staatlichen und kommunalen Baubehörden, der Berufsvereinigungen, der sozialen Vereinigungen, Krankenkassen und Landesversicherungsanstalten usw. eingeladen werden. Voraussetzlich werden auch Vertreter der Internationalen der Bauarbeiter, der Metallarbeiter und der Steinarbeiter und auch eine Abordnung des Internationalen Arbeitsamtes an dem Kongress teilnehmen. Die Eröffnung wird durch den Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, den Kollegen Leipart, erfolgen. Dann wird der Kollege Bernhard, Vorsitzender des Deutschen Bauwerksbundes, in grossen Zügen Zweck und Ziele unserer Bauarbeiterschutzbestrebungen umreissen. Um auch den Bauarbeitern, die nicht am Kongress teilnehmen können, Gelegenheit zu geben, den Verhandlungen zu folgen, ist beabsichtigt, die Kundgebung im Reichstag auf den Deutschlandsender zu übernehmen.

Die weiteren Verhandlungen finden alsdann im grossen Saal des Berliner Gewerkschaftshauses statt. In dieser Tagung wird zuerst der Kollege Sachs vom ADGB einen Überblick über die Entwicklung

des Bauarbeiterschutzes in den letzten zwei Jahrzehnten geben. Anschliessend wird der Kollege Wüst vom Deutschen Bauwerksbundes das Aufgabengebiet der örtlichen Bauarbeiterschutz-Kommissionen behandeln und dabei insbesondere die den Kommissionen sich bietenden Möglichkeiten zur Förderung des Bauarbeiterschutzes aufzeigen. Da die Bauarbeiter neben erheblichen Unfallgefahren auch einer Anzahl gesundheitlicher Schädigungen ausgesetzt sind, wird der Kollege Dr. Meyer-Brodnitz die Erkennung und Verhütung von Berufskrankheiten vom medizinischen Standpunkte erörtern. Schliesslich sollen in einem weiteren Vortrag die Rationalisierungsbestrebungen im Baugewerbe und die dabei sich zeigenden neuen Gefahren behandelt werden. Über dieses Thema wird der Leiter der Hamburger Bauhütte, Kollege Briel, sprechen. Bei den einzelnen Tagesordnungspunkten werden auch die Vertreter der Behörden Gelegenheit haben, sich zu den aufgerollten Fragen zu äussern. Ebenso werden auch die Delegierten ihre der Praxis entstammenden Erfahrungen und Vorschläge auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutzes dem Kongress unterbreiten können.

Eine gemeinsame Besichtigung der Bauausstellung soll den Abschluss der Tagung bilden. Die Delegierten werden hier — insbesondere im gewerkschaftlichen Teil der Ausstellung — Gelegenheit haben, sich über den Stand des Bauarbeiterschutzes in Modellen, Bildern und graphischen Darstellungen zu informieren.

An dem Bauarbeiterschutz sind, wenn auch nicht in dem gleichen Masse wie die Arbeiter der eigentlichen Bauberufe, auch die Holzarbeiter interessiert. Dementsprechend wird auch unser Deutscher Holzarbeiter-Verband mit einigen Delegierten an dem Bauarbeiterschutz-Kongress beteiligt sein.

erhöhen, was zu schwerer Schädigung der deutschen Wirtschaft führen muss.

Die Gewerkschaften lehnen daher die geforderten Zollerhöhungen ab. Sie fordern im Gegenteil einen Abbau der bestehenden Lebensmittelpreise. Ganz besonders dringend ist eine sofortige Ermässigung des Roggenzollens. Nach dem Zolländerungsgesetz vom 15. April 1930 ist die Reichsregierung verpflichtet, die Zölle für Roggen und Weizen herauf- oder herabzusetzen, wenn die Preise für diese Getreidearten eine bestimmte Höhe unter- oder überschreiten. Und weiter ist die Reichsregierung verpflichtet, dafür zu sorgen, dass der Brotpreis nicht über den durchschnittlichen Preis der letzten sechs Monate, vom März 1930 an gerechnet, steigt. Inzwischen sind die Roggen- und Getreidepreise und in vielen Orten auch der Brotpreis über die gesetzlich bestimmte Grenze hinaus gestiegen. Die Brotpreissteigerung schwankt zwischen 1 und 5 Pf. Aber das ist erst der Anfang, sie wird rasch einen grösseren Umfang annehmen, wenn nicht durch eine sofortige Herabsetzung der Zölle für Roggen und Weizen für eine Verbilligung des Brotmehles

gesorgt wird. Dazu ist die Reichsregierung nach den erwähnten Gesetzesbestimmungen auch verpflichtet. Reichsernährungsminister Dr. Schiele denkt aber nicht daran, er setzt sich vielmehr für eine weitere Erhöhung der Getreide- und Lebensmittelpreise ein. Um die Brotpreissenkung will er auf die Art herkommen, dass er ein „Konsumbrot“ einführt. Dieses soll zu dem alten Brotpreis verkauft werden; das ist möglich, weil es minderwertiger ist als das gute Roggenbrot. Dieser Vorschlag des Dr. Schiele ist eine unerhörte Verhöhnung der Arbeiterschaft. Diese fordert, gestützt auf das Gesetz, den alten Brotpreis und darüber hinaus eine weitere Verbilligung der Lebensmittel.

Die Regierung Brüning treibt eine gefährliche Politik. Man kann nicht auf der einen Seite für Preisabbau eintreten, wenn man auf der anderen die Zölle ständig erhöht zu dem ausgesprochenen Zwecke, damit die Preise für die wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel in die Höhe zu treiben. Und wenn die Reichsregierung sich nun noch für einen Lohnabbau einsetzt, dann ist das ganze nichts anderes als ein Verbrechen an der deutschen Wirtschaft.

Fehlt es an Kapital?

Der allgemeine Lohnabbau, der nun schon seit geraumer Zeit im Gange ist und immer eifriger betrieben werden soll, wird von Unternehmertum und Regierung damit begründet, dass die angeblich „zu hohen“ Löhne und Gehälter an unserer ganzen Wirtschaftsnot schuld seien. Und zwar deshalb, weil sie die Kapitalbildung hemmen oder sogar ganz verhindern: es bleibe den Unternehmern, die für Löhne, für Sozialabgaben und Steuern „zuviel“ weggeben müssen, nicht Geld genug übrig, um die Betriebe zu vergrössern, die Produktion zu vermehren; daher die Arbeitslosigkeit, die Absatzstockung, die Krise.

Es ist schon wiederholt vorgekommen, dass solche Gedankengänge, welche der Politik der Unternehmer wie auch der Regierung zur Rechtfertigung dienen, hinterher durch amtliche Ermittlungen als falsch erwiesen wurden. Aber wohl noch nie so schnell wie in diesem Falle. Man beachte wohl: Der oben angegebene Gedankengang ist der einzige Beweisgrund, auf den Unternehmer wie Regierung den Lohnabbau stützen, der gegenwärtig das A und O ihrer Wirtschaftspolitik bildet; den Lohnabbau, mit dem sie die Krise zu heilen versprechen. Und jetzt veröffentlichte das Institut für Konjunkturforschung (I.K.) eine Arbeit, welche nachweist, dass in der deutschen Wirtschaft Kapital gebildet wird, und sogar in sehr erheblichem Masse!

Freilich umfasst die Arbeit vorläufig nur die Jahre 1924 bis 1928. Das ist ja leider in der Statistik nicht zu vermeiden, dass der zusammenfassende Überblick immer erst ein paar Jahre später möglich ist. Doch werden wir alsbald sehen, dass die Beweiskraft des Ergebnisses darunter nicht leidet, auch nicht für die heutige Zeit.

Laut den Feststellungen des I.K. sind in Deutschland in den 5 Jahren 1924 bis 1928 alles in allem 26 800 Millionen Mark zur Vergrösserung der Produktionsanlagen verwandt worden (nicht gerechnet den Ersatz abgenutzter Anlagen), ausserdem wurden die Lagervorräte um 12 500 Millionen Mark vergrössert, und endlich hat sich der Goldbestand um 2 200 Millionen Mark vermehrt. Dazu kommen noch Abschreibungen im Betrage von 26 200 Millionen Mark. (Eine Abschreibung ist die Rücklage von Geld, um abgenutzte Maschinen usw. später einzeln ersetzen zu können, also eine reine Kapitalbildung.) Diese vier Posten zusammen ergeben in den fünf Jahren ein neues Kapital von 67 800 Millionen Mark. Davon sind abziehen 13 600 Millionen Mark, um die in derselben Zeit die Schulden aus Ausland gewachsen sind. Bleibt eine Kapitalzunahme von 54 200 Millionen Mark inner-

halb Deutschlands, was auf das Jahr durchschnittlich beinahe 11 Milliarden Mark ausmacht.

Nun muss man bedenken, dass dies auf keinen Fall die gesamte Kapitalbildung umfasst. Nicht mitgerechnet, weil nicht feststellbar, ist die sogenannte „Selbstfinanzierung“, d. h. die Verwendung von Überschüssen im eigenen Betrieb, ohne sie in der Bilanz erscheinen zu lassen. Gerade die spielt aber neuerdings eine grosse Rolle. Nicht mitgerechnet ist auch eine andere Art von Kapitalbildung, die überhaupt stets vergessen wird, nämlich die Riesengehälter der Werk- und Bankdirektoren usw. Erst kürzlich wurde in der Presse wieder eine Liste von Grossverdienern veröffentlicht. Unter den dort genannten Generaldirektoren hat das kleinste Einkommen der von Krupp mit jährlich 120 000 Mk., während das Gehalt des Generaldirektors bei Siemens 800 000 Mk. jährlich beträgt. Solche Summen werden natürlich nicht restlos verzehrt, sondern zu mehr oder minder grossem Teil als neues Kapital verwandt.

Gewiss muss man sich vor Doppelzählung hüten. Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, dass von den Summen, die die Grossverdiener irgendwie „anlegen“, mindestens ein Teil schon in den oben verzeichneten Milliarden für Vergrösserung der Produktionsanlagen und der Warenvorräte enthalten sind. Aber doch ist nach alledem der Schluss berechtigt, dass die wirkliche Kapitalbildung in Deutschland in jenen fünf Jahren noch grösser gewesen ist als 11 Milliarden jährlich. Und da zetert man über mangelnde Kapitalbildung?

Schon hören wir den Einwand: Das war damals, in jenen gesegneten Jahren guten Geschäftsganges. Aber jetzt ist das lange vorbei, jetzt haben wir die Krise.

Der Einwand ist aus so vielen Gründen lächerlich, dass wir sie im Rahmen eines Artikels gar nicht alle aufzählen können. Fürs erste: Gerade in jenen fünf Jahren sind — wenigstens laut amtlichem Ausweis — die Arbeitslöhne sehr erheblich gestiegen, von 64 auf 104 Pf. pro Stunde für gelernte Industriearbeiter im Reichsdurchschnitt. Das sind nicht weniger als 38½ Prozent Lohnsteigerung. (Wohl gemerkt, das sind die amtlich angegebenen Tariflöhne. Wie wenig diese Steigerung, auf fünf Jahre verteilt und unter Berücksichtigung all der anderen oft genannten Umstände, die Lage der Arbeiter wirklich gebessert hat, ist eine Frage für sich.) Aber offenbar hat die Lohnsteigerung einer sehr starken Kapitalbildung nicht im Wege gestanden. Nun ist die Zeit der Lohnsteigerung vorbei, Lohnabbau heisst die Parole, die seit mehr denn Jahresfrist befolgt wird. Da kann es also noch weniger als früher

an Kapitalbildung mangeln. Wir haben auch sonst Anzeichen genug, dass in den letzten Jahren die Kapitalbildung mindestens ebenso stark gewesen ist wie bis 1928. Da ist der ganz erhebliche, um ein Drittel gefallene Zinsfuß, da sind die sehr grossen Geldansammlungen in Sparkassen und Lebensversicherungen, da sind die auffallend guten Geschäftsabschlüsse gerade im Krisenjahr (6 bis 14 Prozent Dividende) und anderes mehr.

Das I.K. hat sich durch seinen Nachweis einer starken Kapitalbildung ein Verdienst erworben. Es hat dem Lohnabbau den begründeten Vorwand unter den Füssen weggezogen. Aber werden Unternehmer und Regierung den richtigen Schluss daraus ziehen? Werden sie endlich mit dem Lohnabbau aufhören? Wenn nicht, dann ist das der klare Beweis, dass es ihnen nicht um den Vorwand, sondern um den Lohnabbau unter allen Umständen zu tun ist. Jakobus.

Die Arbeitsehre

Es erscheint gewagt, von der Ehre der Arbeit zu reden in einer Zeit, in der die Arbeit so rar ist. In unserer materialistischen Zeit ist mehr die Rede von greifbaren Dingen als von ideellen. Die Arbeitsehre aber ist trotzdem zu allen Zeiten eine starke Triebfeder im menschlichen Leben und bei sozialen Kämpfen. Jeder Mensch besitzt mehr oder weniger Ehrgefühl, ja oft Ehrgeiz. Das Ehrgefühl lebt mit uns und stirbt mit uns. Der Volksmund spricht von einem Menschen, der „Ehre im Leib hat“, oder von jemand, der „an der Ehre gekitzelt“ wurde. Es kommt vor, dass jemandes „Ehre angerührt“ wird, oder aber jemand treibt verächtliche „Ehrabschneiderei“.

Die Ehre im allgemeinen ist nicht anderes als das Wahrzeichen unserer freien Menschenwürde. Und diese Ehre zeigt sich in unseren Taten, wenn sie bewusst geschehen und wenn sie von den anderen anerkannt werden. Diese Anerkennung aber ist nichts anderes als die Achtung und Anerkennung des Rechts unserer Persönlichkeit, worauf alles menschliche Gemeinschaftsleben beruht. Wir verlangen aber nicht nur Anerkennung für uns, sondern auch für den Platz, an dem wir in der menschlichen Gesellschaft stehen. Das heisst man dann die Ehre des Berufes, kurzweg: Arbeitsehre. Die Anerkennung der Arbeit ist nicht zu trennen von der Achtung und Anerkennung der Person, des Arbeiters selbst.

Das Mittelalter trat für die Ehre der Arbeit besonders stark ein. Aber nicht der einzelne, sondern die herrschenden Stände forderten von jedem anderen die Anerkennung der Ehre. Das war keine persönliche, sondern eine rein äusserliche, standesmässig beschränkte Ehre. Die Zünfte waren streng in der Forderung und Verteidigung der Arbeitsehre. Auch heute noch spukt dieser Geist, aber weniger bei den Handarbeitern als bei den Gelehrten. Einer, der es zu etwas bringt, ohne die vorgeschriebene Laufbahn gegangen zu sein, wird nicht als vollwertig angesehen.

Es gab Zeiten, in denen die Menschen, ja ganze Völker, die Ehre der Arbeit allzu heftig verfochten. Dann folgten wieder Zeiten, in denen sich die Menschen über die Arbeitsehre hoch erhaben dünkten. So galt es im 18. Jahrhundert für besonders fein, nichts zu tun und nur von seinem Gelde zu leben. Nicht der Edelmann, sondern der Bürger und der Bauer sollten arbeiten. Heute können wir an Stelle des Edelmannes den grossstädtischen Spekulanten und Kapitalisten setzen. Auch unsere Zeit findet es fein, möglichst wenig oder gar nicht zu arbeiten und doch gut zu leben.

Die Ehre der Arbeit war im Mittelalter ein Ausfluss der Standesehre; die genossenschaftliche Ehre ging vor der persönlichen. Wir aber machen es umgekehrt: auf dem Grunde der sittlichen Würde der Arbeit des einzelnen entsteht die Ehre einer ganzen Arbeitergenossenschaft. Die Ehre der Arbeit aber wächst und steigt in dem Masse, wie die Träger der Arbeit freier werden. Als das Handwerk aus den Händen der Unfreien in die Hände der freien Stadtbürger überging, stieg es im Ansehen. Mit Sklavenarbeit wird nie ein Volk hochkommen. Das echte Volkstum hat eine feine Witterung für die freie Arbeit: unsere nützlichsten Haustiere, wie Pferd, Ochse, Rindvieh, Esel, erfreuen sich nicht des besten Rufes.

Es ist keine Ehre, wenn man anstatt arbeiten „ochsen“ muss oder wenn man Rindvieh und Esel gescholten wird. Dieser schlechte Ruf, den die treuen Helfer des Menschen haben, ist kein Ausfluss menschlicher Undankbarkeit, sondern er ist der Sehnsucht nach Freiheit entsprungen. Bei all diesen Haustieren merkt man zu sehr den Zwang zur Arbeit, die dahinterstehende Peitsche. Die Biene dagegen, die wir nicht zur Arbeit treiben müssen, wird als Sinnbild des Fleisses verehrt. Der Mensch lässt sich den Zwang gefallen, wenn er natürlich ist: man arbeitet, um leben zu können. Was darüber ist, wird als unwürdig empfunden.

Wurden früher der Wert und die Würde der Arbeit nach der zufälligen sozialen Stellung des Arbeitenden gemessen, so zeitigte die Reformation den Gedanken von der Bewertung der Arbeit nach dem in ihr selbst ruhenden Gehalt der Tatkraft und des Erfolges. Dieser Gedanke zerbrach dann die mittelalterlichen Stände als soziale Rechtskreise. Man kann sagen, dass die moderne Zeit die Arbeit frei gemacht habe und sie ehre. Das lag zum grossen Teil an der fortschreitenden Arbeitsteilung. Wo jedes kleinste Teilchen notwendig war zum Ganzen, da durfte man nicht einzelnes geringer achten. Sonst könnte es vorkommen, dass von einem kleinen Teil aus das Ganze stillgelegt wird. Gleichwertig wurde die Ehre der Arbeit aber deshalb nicht. Im Gegenteil: es wurde scharf unterschieden zwischen höherer und niedriger Arbeit. Es ist heute noch so, dass Holzhacken geringer bewertet und entlohnt wird als die Geistesarbeit, die nötig ist zur Herstellung einer vielgliedrigen Maschine. Damit sind wir bei dem Gegensatz von Hand- und Geistesarbeit angelangt.

Die Geistesarbeit in reiner Form zielt zuerst nach dem Erfolg und dann erst nach dem Lohn. Selbstverständlich kann der Geistesarbeiter nicht von dem Ruhm seines Erfolges allein leben, er braucht auch die materielle Vergütung. Aber auch der Handarbeiter kann nicht nur um den Lohn arbeiten; auch er bedarf der ideellen Anerkennung. Die Ehre der Arbeit und ihr materieller Lohn sind nicht voneinander zu trennen. Alle grossen sozialen Revolutionen hatten ihren tiefsten Grund in der vorletzten oder nicht anerkannten Arbeitsehre. Wo die Arbeit nicht anerkannt und geachtet wird, da wird sie auch nicht entsprechend entlohnt.

Die Geistesarbeit hat in der modernen Zeit eine höhere Bewertung erfahren infolge des schnellen Tempos in der Technik. Heute verdrängt die Geistesarbeit in den Gewerben oft das rein Handwerksmässige. Allerdings ist dabei viel mechanische Geistesarbeit, die sich nicht so stark von der mechanischen Handarbeit unterscheidet. Leiden doch beide sehr stark unter der künstlichen Arbeitsteilung, die gegen die Natur ist. Es wäre natürlich, wenn der Mann ausser dem Hause schafft, die Frau im Hause waltet und die Kinder erzieht. Aber nur zu häufig muss auch die Frau mitverdienen. Durch die künstliche Arbeitsteilung kann ein Volk reich an Geld und Gut werden, aber Moral und Sittlichkeit leiden dabei Not. Weil wir Deutschen es ernst nehmen mit der Ehre der Arbeit und des Gemeinschaftslebens, tragen wir schwerer daran und müssen härter um den Ausgleich kämpfen als andere Völker, die nicht so trutzigen Geistes sind bei ihrer Arbeit wie wir.

Wenn der einzelne oder ein ganzes Volk rein um des Gewinnes willen arbeitet, so ist das unsittlich. Unsere alten Volkslieder und noch mehr die Sprüchwörter warnen vor Habsucht und Geldgier und verdammen die Arbeit um des Gewinnes willen. Der Habsüchtige und der Geizhals werden in die unterste Hölle verstossen, und nichts wird so stark verurteilt wie das unsittliche Schaffen und Raufen. Auch heute noch lebt im Volke der Abscheu vor dem Gewinnstreben.

Die deutsche Arbeiterbewegung zeigt zeitweise die materielle Seite scharf; darin ist sie eben ein Kind unserer Zeit. Im Grunde genommen verdankt sie ihre Entstehung dem Abscheu gegen den Geist reinen Gewinnstrebens, dem Streben nach Profit um jeden Preis. Solange es Menschen gibt, die sich gegen das rücksichtslose Profitstreben wehren, solange wird es eine Arbeiterbewegung geben. Ein Blick in unsere Zeit aber zeigt uns die Grösse der Aufgabe, die der Arbeiterschaft harret in Gegenwart und Zukunft. H. Nüss.

Gewerkschaften und Reichsregierung

Der Vorstand des ADGB. hat gemeinsam mit dem Vorstand des AfA-Bundes am 23. April eine Kundgebung an den Reichskanzler und an die Reichsregierung gerichtet, in welcher die gewerkschaftlichen Spitzenverbände nachdrücklich auf die schwierige wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter und Angestellten hinweisen. Es wird zunächst betont, dass die Lohnsenkungs politik der Regierung die Wirtschaftskrise nicht fühlbar gelindert habe. Noch immer sind 4.6 Millionen arbeitslos und die gesamte deutsche Arbeiterschaft wird von einer tiefgehenden Notlage beherrscht. Deshalb wird gegen die Erhöhung des Brotpreises und die Verteuerung wichtigster Lebensmittel schärfster Protest erhoben.

„Als wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit“, so heisst es in der Kundgebung weiter, „sehen wir die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Versorgung der Arbeitslosen an. Deshalb erneuern wir unsere Forderung nach durchgreifender Verkürzung der Arbeitszeit durch allgemeine Einführung der 40-Stunden-Woche für alle Berufe unter Erhaltung und Stärkung der Massenkaukraft. Die zur Arbeitszeit gemachten Vorschläge der Gutachterkommission betrachten wir nicht als eine Lösung, da von ihnen weder eine Arbeitszeitbeschränkung in dem nach der Lage des Arbeitsmarktes erforderlichen Ausmass noch eine ernsthafte Bekämpfung des Doppelverdienstertums erwartet werden kann.“

Auch wenn es gelingen sollte, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, bleibt die Sicherung der Arbeitslosenunterstützung eine vordringliche Pflicht des Staates. Dringend notwendig ist die Schaffung einer einheitlichen Arbeitslosenfürsorge für alle Arbeitslosen, die keine Versicherungsansprüche haben. Für den Zweck müssen öffentliche Mittel in grösserem Umfang bereitgestellt werden.

Die unabweisbar notwendige Sanierung der knappschaftlichen Pensionsversicherung darf nicht etwa durch die Inanspruchnahme anderer Versicherungszweige bewerkstelligt werden, zumal die bedenkliche Entwicklung der Finanzen der Invalidenversicherung ebenfalls alsbaldige Sanierungs massnahmen erforderlich macht. Im Gegensatz zu den Forderungen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die in allen Punkten abgelehnt werden, verlangen die Gewerkschaften einen Ausbau der Unfallversicherung.

Zum Schluss weisen die Spitzenverbände die Regierung und die Öffentlichkeit noch einmal darauf hin, welche ungeheuren Opfer die deutsche Arbeiterschaft in der Vergangenheit bereits auf sich genommen hat. Eine weiterhin einseitig gegen die Interessen der deutschen Arbeiter gerichtete Politik muss zu schwersten sozialen Kämpfen und zu grösster politischer Beunruhigung und Verbitterung führen. Wir erwarten, so schliesst die Kundgebung, dass die Regierung sich dieser unleugbaren Tatsachen bei ihren Beratungen bewusst bleiben wird.

In einem gewissen Zusammenhang mit dieser Kundgebung steht ein am 27. April erfolgter Empfang der drei Spitzenverbände der Arbeitergewerkschaften durch den Reichsarbeitsminister. Die Gewerkschaftsvertreter wiesen auf die starke Beunruhigung der Arbeiterschaft hin, die durch die ständigen Angriffe auf die Sozialversicherung hervorgerufen werde, obwohl doch allgemein bekannt sei, dass die Renten meist nicht zum Lebensnotwendigsten reichen. Die organisierten Arbeiter seien sich des Ernstes der politischen und wirtschaftlichen Lage bewusst, sie könnten aber nicht ruhig zusehen, dass ihre Sorgen im Verhältnis zur Lage anderer Bevölkerungsschichten, als weniger wichtig angesehen und behandelt würden. Auch der Arbeitsminister möge den ungerechtfertigten Angriffen verstärkt entgegen treten.

Der Reichsarbeitsminister zing auf die vorgetragenen Sorgen und Wünsche in ausführlicher Rede ein. Er lasse sich durch eine überspitzte Kritik nicht auf eine unsoziale Linie abdrängen. Die allgemeine Wirtschafts- und Finanznot dränge allerdings dahin, dass, um Schlimmeres zu verhüten, Ersparnisse überall dort vor-

genommen werden müssten, wo sie vertretbar seien. Die Knappschaftsversicherung werde durch geeignete Massnahmen Hilfe zunächst für ein Jahr finden. Über die Invalidenversicherung lägen bestimmte Pläne noch nicht vor. Was die Arbeitslosenversicherung beträfe, so könne er den Gutachten der Kommission nicht vorgreifen. Er gebe den Arbeitern die Versicherung, dass er in der Sozialversicherung, im Tarif- und Schlichtungswesen das zu halten suche, was bei der heutigen Finanz- und Wirtschaftsnot überhaupt gehalten werden könne.

Nach diesem Bericht zu urteilen, hat sich Herr Stegerwald sehr diplomatisch ausgedrückt. Leider geben die seitherigen Erfahrungen nicht die Gewähr, dass nunmehr die fortgesetzten Angriffe gegen die Lebenshaltung der Arbeiter und gegen die Sozialversicherung bei der Reichsregierung auf den entschiedenen Widerstand stossen werden, den die Arbeiterschaft mit Recht erwarten darf.

Kapitalistische Spartheorie

Fürst Bülow erklärte zu der Zeit, da er als Reichskanzler fungierte, gelegentlich einer Kolonialdebatte: Wir müssen den Eingeborenen höhere Bedürfnisse angewöhnen. Damit geben wir ihrer Arbeitsfreudigkeit Anreiz und steigern den Warenverbrauch! So wollte Fürst Bülow die Kolonien wirtschaftlich machen. Niemand widersprach.

Nun aber ist der kapitalistischen Weisheit höchster Schluss: Dem deutschen Volke muss man Bedürfnisse abgewöhnen, seinen Konsum einschränken! Und allerorten hört man von den kapitalistischen Preisfechtern das Sprüchlein vom Segen des Sparsens als Rettung aus Wirtschafts- und Finanznöten.

Gut ist das Sparen als Speicher für späteren grösseren Konsum: für Ausstattung bei Heiraten, für Beschaffung eines Hauses usw. oder als Notstock in Krankheits- oder sonstigen Unglücksfällen usw. Aber die Herrschaffen, die nun neues Heil im Sparen finden, wollen für sich Löhne und Gehälter sparen; dazu von Steuern möglichst befreit werden, dafür die Arbeiter und Angestellten mehr belasten. Ein famosés Sparsystem!

Konsumschwächung soll die Arbeitslosigkeit beheben und die Produktion beleben. Wie man sich das vorstellt, hat noch niemand klar ausgesprochen. Einmal heisst es: Später sollen Preissenkungen folgen. Dann wird die Konsumkraft wieder grösser; die Senkung des Reallohnes durch Lohnkürzung ist daher nur vorübergehend in Wirksamkeit. Selbst wenn eine Preissenkung für die Gegenstände des täglichen Bedarfs die voraufgegangene Kürzung der Löhne und Gehälter ausgleichen würde, so hätte man höchstens das bisherige Verhältnis wiederhergestellt. Damit wäre aber keine Stärkung der Konsumkraft verbunden, die durch gesteigerte Nachfrage am Warenmarkt die Produktion beleben könnte. Aber an eine derartige Preissenkung denkt man gar nicht. Auf jeden Fall würde eine allgemeine Herabsetzung der Lohn- und Gehaltseinkommen auf lange Sicht die Kaufkraft der breiten Masse schwächen und damit die Krise verlängern. Andere Sparprediger versichern: Verkleinerung der Lohn- und Gehaltskosten ermöglicht es der deutschen Industrie, erfolgreicher auf dem Weltmarkt zu konkurrieren, den Export zu steigern. Dann kann sie wieder Arbeitslose einstellen.

Wartet der Weltmarkt etwa auf Waren? Im Gegenteil. In fast allen Ländern eine Verstopfung des Innenmarktes. Arbeitslosigkeit wie in Deutschland herrscht in allen Hauptindustrielländern. Überall das Bestreben, durch Exportsteigerung Luft zu machen. Teilweise mit stark ermässigten Preisen. Andererseits versucht man durch Zollmauern oder sonstige Einfuhrerschwerungen die ausländische Einfuhr zu verhindern. Die Erhöhung der deutschen Zölle auf Agrarprodukte veranlasste im Ausland schon Gegenmassnahmen, die in der deutschen Holz- und anderen Industrie die Ausfuhrmöglichkeit erschweren. Ein allgemeines Lohndumping in Deutschland reizt zu den gleichen Rettungsversuchen im Ausland. Bestenfalls würde dabei das frühere Gleichgewicht im Wettbewerbsverhältnis auf dem Weltmarkt wiederhergestellt, mit der einen Veränderung, dass überall die Konsumkraft geschwächt, eine Belebung der Produktion gehemmt bliebe. An dem Zustande, dass die bisherige Konsumkraft und die Dauer der Arbeitszeit mit

der gewaltig gesteigerten Produktivität in krassem Widerspruch stehen, können der vom Unternehmertum geforderte Lohn- und Gehaltsabbau sowie die Kürzung der Sozialbezüge nichts ändern. Solche Massnahmen müssen die Arbeitslosigkeit verschärfen, die Produktion noch weiter einengen.

Nach Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung betrug im Jahre 1928 in Deutschland das Einkommen aus Lohn und Gehalt rund 45 Milliarden Mark. Setzen wir davon 15 Milliarden Mark ab, als aus Einkommen resultierend, bei denen eine 10- bis 20prozentige Kürzung noch keine Einschränkung der Lebenshaltung zwangsweise herbeiführt, obwohl gerade auch Kreise der Höchstbesoldeten, in wilder Sucht nach Reichtum, leicht zu Geiz neigen und Einkommenschmälerung durch Einschränkung des Hauspersonals und sonstige Ausgabenverminderung auszugleichen versuchen. Es blieben für unsere weitere Berechnung 30 Milliarden Mark. Nehmen wir an, das Unternehmertum könnte auf der ganzen Linie eine Lohn- und Gehaltssenkung in Höhe von 15 Prozent diktieren. (Das Kapital würde keinen Augenblick zögern, solches Diktat auszusprechen, wäre es gewiss, dass man es durchsetzen könnte.) Ein Abbau in diesem Ausmass reduzierte das Einkommen allein des Teiles der Bevölkerung, auf den die 30 Milliarden Mark entfallen, die wir unserer Berechnung zugrunde legen, um rund 4,5 Milliarden Mark mindestens. Diese erhebliche Summe verschwände von dieser Seite her aus dem Konsum. Mit welcher Wirkung? In vielen Familien würde man, weil keine Wahl bliebe, die Ausgaben für die Ernährung noch mehr einschränken, obwohl die Ausgaben dafür vielleicht bisher schon 90 oder mehr Prozent des ganzen Einkommens verschlangen. An anderen Stellen kann nicht mehr „gespart“ werden, es war schon nichts mehr da. Landwirtschaft und Handel würden bei weiterer Rationalisierung der ohnehin nicht ausreichenden Ernährung in Mitleidenschaft gezogen. Die Preise müssten nachgeben. Die Herren Grossagrarien schrien dann wieder nach neuen Zöllen und Zollerhöhungen. Die könnten jedoch nicht helfen, weil die grosse Masse einfach nicht mehr kaufen kann, als ihr Einkommen erlaubt.

Der Hauptteil der Konsumeinschränkung würde nach Lage der Dinge auf Gebrauchsgüter entfallen. Auch in der Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses gäbe es noch weitere Einschränkung durch Steigerung des Kostgänger- und Schlafburschenwesens. Die damit unabwendbar verbundenen gesundheitlichen und moralischen Schädigungen belasten unsere wirtschaftliche Bilanz auf der Passivseite. Der Eigenheim- und sonstiger Wohnungsbau würden stärker abgedrosselt. Die Rückwirkung auf alle Baumaterial herstellenden und liefernden Unternehmen, hervorragend auch der Holzindustrie, wäre stärkere Produktionseinschränkung. Anstatt Milderung der Arbeitslosigkeit weitere Verschärfung. Solche Folgen träfen auch alle die Gewerbe, die direkt oder indirekt an dem Konsum von Möbeln sowie an sonstigen Einrichtungs- und Haushaltsartikeln interessiert sind. Besonders würden jene Industrien und Unternehmen getroffen, die auf die Befriedigung des Bekleidungsbedürfnisses eingerichtet sind. Die gesamte Textilindustrie, Schnei-

dereien aller Art, Schuhfabriken, Hutfabrikation, Vertriebsunternehmen usw. müssten Einschränkungen vornehmen. Auch von dieser Seite her eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit.

Die Dialektik der Dinge ist unerbittlich. Man kann ihr nicht mit Zaubersprüchlein, mit Verheissungen, mit Kartell diktatur, mit Hochschutzzöllen und ähnlichen kapitalistischen Mitteln oder Tricks beikommen. Wenn ich in einer bestimmten Zeit einen Anzug, ein Paar Stiefel, einen Schrank usw. weniger konsumiere, dann entgeht allen bei der Herstellung und dem Vertrieb solcher Gebrauchsartikel Beteiligten ein Teil Arbeit und Verdienst. Und wenn der grösste Teil des Volkes gezwungen wird, seinen Konsum einzuschränken, dann werden eben in einer gewissen Zeit viele Millionen von Anzügen, Kleidern, Schuhen, Möbelstücken und sonstigen Gegenstände weniger gebraucht. Allen denen, die dadurch arbeitslos werden, deren Verdienst einschrumpft, nutzt es gar nichts, dass dafür die Kapitalisten 4 bis 5 Milliarden Mark an Löhnen und Gehältern allein bei den Masseneinkommen sparen. Ihr Hunger ist darum nicht weniger schmerzhaft. Auch nicht der unfreiwillige Verzicht auf ausreichendes Wohnen, auf genügende Bekleidung, auf Kulturgenüsse usw. Und das grössere Darben, weitere peinigende Einschränkungen in der Lebenshaltung eröffnen auch keine Aussicht auf baldige Abschwächung der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit, der Verelendung, des Existenzmangels.

Zur Überwindung der schlimmsten Auswirkungen der kapitalistischen Krise sind andere Mittel erforderlich, als sie vom Unternehmertum angepriesen werden. Es sind die von den Gewerkschaften geforderten Massnahmen. Die Gemeingefährlichkeit der kapitalistischen Sparmethode liegt auf der Hand. Bei einigem Nachdenken offenbart sie sich so sinnfällig, dass auch der weniger intelligente Mensch darüber gar nicht mehr im Zweifel sein kann. Dann allerdings muss er auch wissen, was er zu tun hat. Mit Nationalgebrüll, mit Kriegshetzerei, mit Fäustebällen, mit Brudermord, mit radikalen Phrasen, mit gewerkschaftlicher Gegnerschaft oder auch nur Indifferenz unterstutzt man, gewollt oder ungewollt, die Pläne der Unternehmer.

Hatte man sich vor einem Menschenalter schon zu der Erkenntnis aufgerafft, dass zur Hebung der Wirtschaft die Weckung gesteigerter Bedürfnisse notwendig sei, glaubt das Kapital jetzt durch Zurückschraubung der Bedürfnisbefriedigung seinen Profit sichern oder gar noch steigern zu können. Wer das verderbliche Beginnen nicht fördern, wer vielmehr den wirtschaftlichen Kampf für eine der gesteigerten Produktivität angepasste Arbeitszeitverkürzung und Kaufkraftsteigerung unterstützen will, der kann das nur durch Eintritt in die und Mitarbeit in der freien Gewerkschaft. W.D.

Kapitalistische Gemütsmenschen

Die Handelsgesellschaft deutscher Apotheker AG. (Hageda) ist mit ihrem Umsatz im letzten Geschäftsjahr höchst unzufrieden. Durch die Verschlechterung der Krankenversicherung durch die Notverordnung des Reichspräsidenten seien die Einnahmen der Apotheken stark zurückgegangen. Viel schlimmer aber sei, „dass auch die ersten Monate die sonst üblichen Erkältungs- und Grippekrankheiten nicht gebracht haben“.

So ist es in dieser besten aller Welten: Krankheit, Not und Elend auf der einen Seite bedeuten Gewinn und Reichtum auf der anderen. So ist es, und dies ist auch allgemein bekannt. Aber dass die Apotheker öffentlich beklagen, dass die Menschen so wenig krank sind, das ist eine echt kapitalistische Erscheinung. Sie ist ebenso aufschlussreich wie die Meldung der schwerindustriellen „Deutschen Bergwerkszeitung“ am Tage nach der furchtbaren Bergwerkskatastrophe im Aachener Kohlenrevier: „Auf die Dividende der Bergwerksgesellschaft dürfte das Ereignis keinen Einfluss haben.“ Beim Anblick der fast 300 toten Bergarbeiter hatten jene Gemütsmenschen nur den einen Gedanken: Was wird aus dem Profit? Dieser aber war gesichert, trotz der Toten und des Elends ihrer Familien. Und damit herrschte in den Kreisen dieser kapitalistischen Gemütsmenschen wieder volle Zufriedenheit.

Schieles Brotpolitik



„Gutes Roggenbrot ist nichts für Arbeiterfamilien. Für Proleten ist mein Brotersatz das passendste Futter.“



Aus dem Verbandsleben



Der Berliner Schiedsspruch

Unsere Berliner Kollegen haben den Schiedsspruch des Gewerberats Körner abgelehnt. Dieses Votum haben sie noch verschärft, indem sie darauf verzichteten, auch nur ein Wort über dieses Puschwerk zu verlieren. Nach Entgegennahme des Berichts über die Verhandlungen hat die Generalversammlung der Berliner Holzarbeiter den Spruch ohne Debatte einstimmig abgelehnt.

Die beiden Organisationen der Unternehmer, die sich sonst so feind sind, haben dem Schiedsspruch gegenüber in seltener Übereinstimmung operiert. Der Schiedsspruch des Herrn Körner bleibt angeblich weit hinter ihren berechtigten Erwartungen zurück, aber sie haben ihn schweren Herzens angenommen. In der Veröffentlichung der „Vabeho“, der Haertleinschen Organisation, heisst es, „dass die Bestimmungen des Mantelvertrags der Elendslage der zusammengebrochenen Berliner Holzindustrie nicht genügend Rechnung tragen und dass die Lohnhöhe des Schiedsspruches angesichts der völlig veränderten Produktionsverhältnisse nicht das richtige Verhältnis herbeiführt“. Von den Vereinigten Verbänden der Berliner Holzindustrie berichtet Herr Paeth, dass „die schwersten Bedenken gegen die auch in diesem Mantelvertrag enthaltenen Bestimmungen“ vorgetragen wurden. Er nennt dann gleich eine ganze Reihe von Punkten, in denen Herr Körner mit seinen Verschlechterungen nicht weit genug gegangen sei.

Herr Körner wird sich freuen. Geht nicht aus der Kritik, die beide Parteien an seinem Spruch üben, deutlich hervor, dass er die richtige Mitte gefunden hat? Also muss es dem Schlichter leichtfallen, dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Anerkennung zu zollen durch Verbindlichkeitsklärung seiner Leistung. Das schwebt dem Syndikus Haertlein offenbar vor, indem er dem Abdruck der in der „Holzarbeiter-Zeitung“ geübten Kritik einige Bemerkungen vorausschickt, in denen er sagt: „Die sachlich unbegründete Kampagne ist zweifellos nur „ad usum Delphini“ unternommen.“

Von den Lesern des „Deutschen Holzgewerbes“ setzt Herr Haertlein voraus, dass sie genügend Latein können, um ihm in seinem hohen Fluge zu folgen. Wir wollen ihm in gutem Deutsch bestätigen, dass wir mit der Veröffentlichung unserer Kritik an dem Körnerschen Puschwerk allerdings einen bestimmten Zweck verfolgen. Wir wollten die Öffentlichkeit alarmieren und die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf diese Leistung des Berliner Schlichtungsausschusses lenken. Wenn etwa die Berliner Unternehmer die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches beantragen sollten, dessen Annahme ihnen angeblich so ungeheuer schwer gefallen ist, wird an der zuständigen Stelle noch einiges dazu zu sagen sein.

Zweierlei Mass

Die Breslauer Bildhauerkollegen sind ungehalten über eine kritische Besprechung, die der neue Bau der Reichskanzlei in Berlin in der Breslauer „Volkswacht“ erfahren hat. Im Innern der neuen Reichskanzlei, so wird in der Besprechung ausgeführt, sei ein gutes Beispiel moderner zweckmässigen Bauens und Einrichtens gegeben, keine Protzerie, kein aufdringlicher Luxus und selbstverständlich nicht mehr die gedrechselten, gebogenen, ausgekehlten und sonst die hohen- und schüttereivollen „Zierate“, die uns heute abscheulich vorkommen und lediglich als Staubfänger erscheinen. Während noch vor wenigen Jahrzehnten diese Greuel Inbegriff aller „Schönheit“ waren.

Erneut bringen solche Einwände gegen den plastischen Zierat nicht mehr. Unser neues Bildhauerheft enthält auch eine Kritik an dem Umbau der neuen Reichskanzlei, aber von einem anderen Standpunkt

aus. An der Fassade hätte sehr wohl auf den Zweck dieses aus Reichsmitteln erbauten Hauses durch eine gute Steinplastik hingewiesen werden können. Aber der leitende Architekt wollte wohl ein solches „Greuel“ nicht, und darum blieb die Reichskanzlei von allem ornamentalen Schmuck verschont.

Die Breslauer „Volkswacht“, die für die handwerklichen Bildhauer nichts mehr übrig hat, setzt sich aber sehr warm für die dar-

und dessen Ersatz durch ungelernete Arbeiter erklärt man aber resigniert: Damit müssen wir uns abfinden. Gegen die Entwicklung und die Herrschaft der Technik können wir uns nicht auflehnen, wie ja auch die Maschinenstürmerei von uns abgelehnt wird. So wurde unseren Breslauer Kollegen von massgebender Stelle geantwortet.

Man wird einwenden, dass die Kritik auch in derartigen Fragen nicht unterbunden wer-

läufige Lehrlingsordnung“ nicht von allen Innungen des Bezirks anerkannt wird. So vertritt die Tischlerinnung in Hamburg die Auffassung, dass es sich bei den Entschädigungssätzen der Lehrlingsordnung nur um eine Empfehlung an die Innungsmitglieder handle. Das Arbeitsgericht Hamburg entschied aber in einem Streitfall, dass die Sätze bindenden Charakter haben, und verurteilte den beklagten Meister zur Zahlung der Lehrlingsentschädigung nach den Sätzen der Lehrlingsordnung. Aus Form und Inhalt der Vereinbarung über die Lehrlingsordnung schliesst das Arbeitsgericht, „dass die Tarifparteien Vergütung und Urlaub für Lehrlinge tarifvertraglich geregelt haben“.

Wenn diese Auffassung des Arbeitsgerichts Hamburg von den höheren Instanzen bestätigt werden sollte, dann dürfte das Interesse der Innungsorgane an einer solchen Regelung der Lehrverhältnisse schnell erkalten, denn dann wären ihre Bemühungen, Vergütung und Urlaub für Lehrlinge der tarifvertraglichen Regelung zu entziehen, vergeblich gewesen.

Jubiläum in Braunschweig

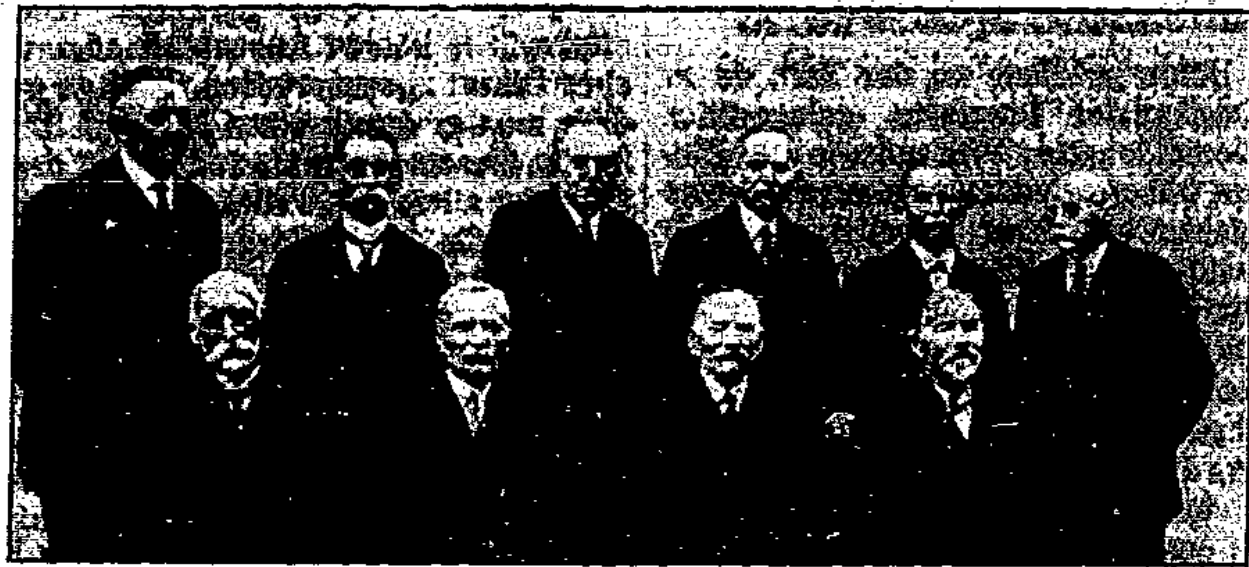
Am 20. April feierte die Verwaltungsstelle Braunschweig in einer festlichen Veranstaltung ihr 40jähriges Bestehen. Von den Kollegen, die an der Gründung beteiligt waren, konnten noch zehn an dem Fest teilnehmen. Diesen Jubilaren wurde als äusseres Zeichen des Dankes und der Verehrung von der Verwaltung eine in einer geschmackvollen Mappe befindliche Gruppenaufnahme der Gründer überreicht. Den schweren Zeitverhältnissen entsprechend bewegte sich die Feier in bescheidenem Rahmen. Als Vertreter des Verbandsvorstandes war Kollege Heinemann erschienen, der in seiner Festrede an die Zeit der Gründung erinnerte und auf die durch den Verband errungenen Erfolge hinwies. Er feierte dabei die Jubilare als Vorbilder der Treue für den Verband. Im übrigen wurde der Abend durch unterhaltende Darbietungen verschiedener Art ausgefüllt. Die Jubiläumsfeier wird den Teilnehmern noch lange in guter Erinnerung bleiben.

Absatzwerke in Bickenbach

Die Aussperrung in den Schuhabsatzwerken Stanscheck in Bickenbach konnte nach sechswöchiger Dauer beendet werden. Ein neuer Vertrag mit Lohnabkommen wurde geschaffen. Der Vertrag ist dem für die Pirmasenser Absatzwerke angepasst; die Löhne betragen für männliche Arbeiter 82 Pf., für Arbeiterinnen 54 Pf. Die Ursache des Kampfes war der Versuch der Firma, die Löhne um 20 Prozent herabzusetzen. Sie fand auch einige Streikbrecher, musste aber erkennen, dass es doch besser ist, mit erfahrenen Leuten zu arbeiten.

Auch die RGO. glaubte ihr Süppchen bei diesem Kampfe kochen zu können. Geschlossen rückten sie mit einem Landtagsabgeordneten, seines Zeichens Volksschullehrer, an, um die entscheidende Versammlung über Annahme oder Ablehnung der Vereinbarung zu sprengen. Die streikenden Kollegen unter Mitwirkung des Vertreters der Ortsverwaltung Darmstadt vereitelten dieses Vorhaben. Wenn nunmehr die RGO. in Tausenden von Flugblättern über den Verrat des Gewerkschaftsvertreters loszieht, so lassen sich die Bickenbacher Kollegen trotzdem nicht irremachen, sondern scharen sich nur noch fester um ihre Organisationen. Sagten doch alte Kollegen, die der Kommunistischen Partei angehören, dass sie das Gebaren der RGO. ganz entschieden verurteilen und deren Kampfmethoden ablehnen. Die Holzarbeiter von Bickenbach haben die RGO. erkannt; sie stehen fest und geschlossen zum Holzarbeiter-Verband.

Den Alten zur Ehr'



Jubilare der Verwaltungsstelle Braunschweig.

Von links nach rechts, stehend: Hermann Markwordt, August Franke, Alfred Bartels, Karl Liebmann, Heinrich Zimmermann, Franz Pfertsch; sitzend: Ernst Miebe, Karl Ruwe, Adolf Koslowski, Wilhelm König.

Den Jungen zur Lehr'

benden Künstler ein. „Sie befinden sich in so grosser Not, dass mehrere tragische Selbstmorde von neuem darauf aufmerksam werden lassen.“ In einem langen Artikel wird dieses Elend geschildert und bemerkt: Wenn jeder Deutsche im Jahre nur eine einzige Mark für künstlerische Dinge ausgeben würde, eine Summe, die für die Angehörigen eines Kulturvolkes kaum als zu hoch bezeichnet werden kann, so stünde jedem der 14 000 Künstler in Deutschland, die beamteten und angestellten (also Lehrer in Akademien und Kunstschulen) ausgeschlossen, ein Jahreseinkommen von etwa 5000 Mk. zur Verfügung. Dann wird aber gleich angefügt, dass in Wirklichkeit in den grossen Ausstellungen die privaten Ankäufe fast ganz weggefallen sind, und dann noch das Eingeständnis: dass trotzdem ein unverkennbarer Hunger nach Kunst in der grossen Masse lebt, das Interesse an künstlerischen Dingen von Jahr zu Jahr zunimmt.

Eigentümlich! Das sollte nur auf die hohe, bildende Kunst zutreffen, keinesfalls aber auf die Schmuckformen im Kunstgewerbe? Die Zweckform soll mehr Beachtung finden, als es früher vielleicht der Fall war, darum braucht man aber das plastische Ornament als Schmuckform nicht gänzlich zu verdammen.

Das Breslauer Blatt bedauert die Zehntausende deutscher Künstler, „diese geistig Schaffenden, die bitterste wirtschaftliche Not leiden“. Dann sollte aber auch derer gedacht werden, die handwerklich in einem verwandten Kunstberufe tätig waren und nun durch die neue Stilmode gänzlich ausgeschaltet werden sollen.

Leider überwuchert im Bildhauerberufe das Kleinmeisterertum derartig, dass die Gehilfenchaft kaum noch in Betracht kommt. In der Blütezeit des Berufes war die Mehrzahl der Bildhauer in grossen Möbelfabriken und Tischlereien beschäftigt, im Baufach in den grösseren Stuckwerkstätten. Das war auch eine Blütezeit der Kunst und des Kunsthandwerks im allgemeinen. Wir sollten das nicht immer nur vom hohen künstlerischen Standpunkt aus betrachten, sondern bedenken, wieviel Menschen dadurch zum Erwerb und zur Lebensreife gekommen sind. Und heute? Man plädiert ständig für Massnahmen zur Belebung des Arbeitsmarktes und damit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Zu der Rationalisierung, der Mechanisierung, der Ausschaltung des Facharbeiters

den kann. Das bedarf keiner besonderen Betonung, nur meinen wir, dass Arbeiterblätter bei jeder kritischen Betrachtung gerecht sein müssen und nicht die Schichten hintenan stellen dürfen, die die Träger der modernen Arbeiterbewegung sind. Sie sind gestraft genug, dass sie durch die heutige maschinelle Arbeitsweise immer mehr aus dem Arbeitsprozess ausgeschaltet und mit dem Spottnamen „Stempelbruder“ belegt werden.

Paul Dupont.

Lehrlingsordnung und Tarifvertrag

Die Bestimmungen über die Kostgeldsätze und die Ferien für Lehrlinge im Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe haben beim Abschluss dieses Vertrages im Jahre 1929 viel Staub aufgewirbelt, und im Innungslager hat man sich auch heute noch nicht darüber beruhigt. Der Versuch, diese Bestimmungen in den Tarifvertrag für den selbständigen Bezirk Rheinland-Westfalen hineinzubringen, ist damals gescheitert. Der christliche Holzarbeiter-Verband, der sich mehrere Wochen lang an dem Streik zur Durchführung dieser Bestimmungen beteiligte, hat kapituliert. Er hat mit dem Rheinisch-westfälisch-lippeschen Tischlerinnungsverband einen Tarifvertrag ohne die Lehrlingsbestimmungen abgeschlossen. Später hat er dann mit dem Innungsverband eine besondere Lehrlingsordnung vereinbart.

Für das Zustandekommen dieser Lehrlingsordnung hat sich auch der Handwerks- und Gewerkekammertag in Hannover lebhaft interessiert. Den Innungsorganisationen lag sehr viel daran, auch unsern Verband für sie zu gewinnen. Sie wollen Tatsachen schaffen, um das kommende Berufsausbildungsgesetz im Sinne der Innungsbestrebungen zu beeinflussen. Die Gewerkschaften sollen von vornherein auf die tarifvertragliche Regelung der Entschädigung für die Lehrlinge verzichten. Die in der Lehrlingsordnung genannten Sätze sollen nach dem Willen der Innungsvertreter nur die Bedeutung von Richtlinien haben, die nicht wie Vertragsbestimmungen verbindlich erklärt werden können und auf die daher der Lehrling kein klagbares Recht hat.

Nun berichtet das Organ des christlichen Holzarbeiter-Verbandes, dass die „Vor-

Mit Lesern dieses Blattes
ist am 19. 11. 1929 ein Vertrag...



Holzindustrie



Mißstände im Bauwesen

Von einem Betriebsleiter

Im Bauwesen herrschen zahlreiche Mißstände, die das Bautischlerhandwerk zwar nicht direkt, aber indirekt oft recht ungünstig beeinflussen. Darunter leidet auch die beteiligte Arbeiterschaft. Auf verschiedene dieser Mißstände ist schon in den Nummern 22 und 23 der „Holzarbeiter-Zeitung“ von 1930 hingewiesen worden. Im folgenden soll von einigen anderen die Rede sein.

In erster Linie ist vom Standpunkt unseres Berufes die von Genossenschaften und Behörden so oft gewählte schlüsselfertige Vergebung von Bauten an sogenannte Generalunternehmer zu verurteilen. Letztere sind meistens Inhaber grösserer Baufirmen, die einen Teil der Arbeiten selbst ausführen, den Rest aber wieder an andere Firmen weitervergeben. Hier besteht nun für letztere die grosse Gefahr, dass nach Fertigstellung der Arbeiten der Generalunternehmer den Konkurs ansagt und sie auf diese Weise um den grössten Teil ihrer Forderungen gebracht werden. Ganz besonders trifft dies zu, wenn die Arbeiten schon an Ort und Stelle eingebaute sind. Dann sind sie nämlich schon in den Besitz des Bauherrn übergegangen, obwohl diesen keine Verantwortung trifft, wenn der Hersteller bei einem Konkurs des Generalunternehmers leer ausgeht. Selbst wenn in solchen Fällen das Bauobjekt einwandfrei finanziert war, sind meistens alle Bemühungen zur Erlangung des Geldes vergebens, da die Bauherren dem Generalunternehmer in vielen Fällen den Auftrag schon nahezu bezahlt haben, wenn dieser in Konkurs kommt.

Und gerade das Bautischlerhandwerk leidet unter diesem Mißstand ganz besonders schwer. Werden die Tischlerarbeiten doch erst am Schluss der Bauausführung gebraucht. Kommt dann ein solcher Generalunternehmer in Konkurs, dann wird schon der grösste Teil der übrigen am Bau beteiligten Firmen im Besitz ihres Geldes sein, währenddem die restlichen Firmen, also in erster Linie auch die Bautischlereien, mit einer kleinen Quote aus dem Erlös der Konkursmasse abgefunden werden.

In den letzten Jahren ist eine ganze Anzahl solcher Generalunternehmer zusammengebrochen, wodurch zahlreiche Bautischlereien schwere Verluste erlitten haben. Wenn diese zunächst auch für die Firmeninhaber selbst treffen, so entstehen in solchen Fällen doch auch oft grosse Schäden für die in den Betrieben beschäftigten Arbeiter. Musste doch schon so manche Bautischlerei infolge eines derartigen Vorfalles selbst den Konkurs ansagen und den Betrieb einstellen, obwohl sie sehr gut geleitet war und auch eine gute finanzielle Grundlage hatte. Mithin liegt es auch im Sinne der Arbeiterschaft, wenn gegen derartige Mißstände, die schon so manchen um Arbeit und Brot gebracht haben, angekämpft wird.

Ebenso ist es für das Tischlergewerbe sehr hinderlich, dass manche Bauobjekte nicht genügend finanziert sind. In solchen Fällen hat dann der Bauherr am Schluss für die Bezahlung der letzten Arbeiten nicht mehr die erforderlichen Mittel zur Verfügung, er kann seinen Verpflichtungen oftmals erst nach Verlauf längerer Zeit nachkommen. Und auch hier wieder sind es die Bautischlereien, die in erster Linie in Mitleidenschaft gezogen werden. Durch diese Umstände wird natürlich das Geschäftsrisiko wesentlich erhöht und die Produktion schon stark vorbelastet. Ausserdem kann dadurch auch die Lage eines Geschäftes sehr ungünstig beeinflusst werden. Und es ist heute eine alltägliche Erscheinung, dass Geschäfte auf diese Art oft recht grosse Summen ausstehen haben, die Beiträge jedoch nicht bekommen können und infolgedessen trotz vorhandener Aufträge zu Entlassungen schreiten, weil sie das Geld für die Lohnzahlungen nicht mehr in der

vollen Höhe aufbringen können. Nur wer diese Zusammenhänge kennt, wird so manches verstehen, was unter normalen Verhältnissen als Unfug oder zum mindesten als Kopflösigkeit zu betrachten ist.

Ein grosser Mißstand in vielen Städten ist die gegenseitige Verrechnung von Aufträgen, die in sehr grossem Ausmass um sich gegriffen hat und sich oftmals auf ganze Baukomplexe erstreckt. In der Regel finden sich in solchen Fällen eine Anzahl Firmen der verschiedensten Branchen zusammen, von denen jede auf eigene Rechnung Neubauten, meistens Spekulationsbauten, ausführt. Die Arbeiten werden dann gegenseitig übertragen und verrechnet. Geld kommt natürlich dadurch nicht in die Betriebe. Es wird daher in der Regel versucht, derartige Arbeiten, unter allen Umständen aber die Arbeiten am eignen Bau, so unter der Hand in Verbindung mit anderen grösseren Aufträgen fertigzustellen. Einzelne gerissene Unternehmer verstehen es dann auch noch, ihren handwerklichen Betrieb in unpersönlicher Form, z. B. als G. m. b. H.-Betrieb, zu führen, währenddem ihre Bauobjekte für sie als Privatperson ausgeführt werden. Alle Mühe wird dann darauf verwandt, die eigenen Arbeiten zu einem äusserst geringen Preis zu verrechnen. Dass dadurch der Steuerbehörde gegenüber der Betriebsgewinn vollständig falsch angegeben wird, ist selbstverständlich. Geschehen aber derartige Manipulationen dann bei einer grösseren Anzahl von Bauten, so tritt mitunter der originelle Fall ein, dass das Unternehmen als solches zahlungsunfähig wird, obwohl der eigentliche Inhaber der Firma als privater Besitzer einer grösseren Anzahl von Häusern dabei finanziell ganz gut steht. Ist er doch, falls der Betrieb als G. m. b. H. geführt wurde, nicht verpflichtet, mit seinem gesamten privaten Vermögen einzuspringen, sondern nur mit dem Geschäftskapital und der Haftsumme. Dass das Geschäftskapital und noch mehr dazu aber auf die oben angeführte Art recht leicht aus dem Geschäft herausgezogen werden kann und die Gläubiger dann das Nachsehen haben, ist leicht erklärlich.

Bevor es jedoch so weit kommt, wird fast immer der Versuch gemacht, durch alle möglichen Druckmittel und Schikanen den Arbeitern noch schlechtere Arbeitsbedingungen aufzuzwingen. Denn je länger man solche Verschleierungen zwischen Betriebsverhältnissen und privaten Verhältnissen vornehmen kann, um so mehr Bauobjekte kann man sich errichten und um so mehr Vorteile hat man dann später als privater Hausbesitzer davon.

Es ist also ein Unsinn, wenn sich die Arbeiterschaft von solchen Unternehmern einen Teil ihrer vertraglichen Rechte nehmen lässt, selbst wenn ihr die Sache noch so schmackhaft gemacht wird. Gehen doch derartige Menschen in der Regel über Leichen und kennen der Arbeiterschaft gegenüber nicht mehr die geringste Rücksicht, wenn sie das gewünschte Ziel erreicht haben. Es wird dann keinem von ihnen einfallen, seine früher gegebenen Versprechen einzulösen.

Deshalb gibt es auch für die gesamte Arbeiterschaft nur eins: in geschlossener Front jedem Verschlechterungsversuch entgegenzutreten und in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften und den zuständigen politischen Parteien Mittel und Wege zu suchen, um auch die am Anfang des Artikels genannten Mißstände soweit wie möglich zu beseitigen. Finden sich dann schliesslich noch andere Kreise, die wenigstens in diesen Fragen gemeinsam mit der Arbeiterschaft vorgehen, so kann diese Hilfe nur willkommen sein. Denn nur dann kann es der Arbeiterschaft auf die Dauer besser gehen, wenn unser gesamtes Wirtschaftsleben von solchen Mißständen befreit ist und nicht mehr der Fall eintritt, dass Hunderte von Menschen an der Spekulationssucht und Raffgier einzelner zugrunde gehen.

Berliner Holzkontor AG.

Die Berliner Holzkontor AG. ist eine der ältesten und grössten Aktiengesellschaften der deutschen Holzindustrie. Ihre Gründung erfolgte 1857. Im Jahre 1913 beschäftigte das Unternehmen rund 1000 Arbeiter und Angestellte. Auch vor einigen Jahren hatte es noch eine so starke Belegschaft. Inzwischen sind auch hier Betriebseinschränkungen vorgenommen worden; zurzeit werden noch etwa 600 Personen beschäftigt. Die Gesellschaft hat Säge-, Hobel- und Imprägnierwerke in Berlin und in Oderberg, ferner Forsten in Ostdeutschland und wohl auch in Polen.

Die Berliner Holzkontor AG. ist ein kaufmännisch sehr gut geleitetes Unternehmen. Trotz alledem schliesst es sein Geschäftsjahr 1930 mit 832994 Mk. Verlust ab. Im Vorjahr wurde noch ein Gewinn von 116644 Mk. ausgewiesen, gegen 311258 Mk. im Jahre 1928 und 590759 Mk. im Jahre 1927. Durch Auflösung der Reservefonds wird der Verlust auf 175913 Mk. heruntergedrückt. Dieser Schritt ist gewiss schmerzlich, aber er erschüttert die finanzielle Grundlage der Gesellschaft in keiner Weise. Die Aktionäre werden einige Jahre auf die gewohnte Dividende verzichten müssen, das ist alles, was zu befürchten ist.

Im Geschäftsbericht wird gesagt, dass der Umsatz auf etwa zwei Drittel der Vorjahrshöhe (1929) zurückgegangen ist. An dem Umsatzrückgang sind alle Abteilungen des Unternehmens mehr oder weniger beteiligt. Besonders gross ist der Rückgang bei den Eisenbahnschwellen infolge „der mangelnden Zuweisung von Aufträgen der Reichsbahn“. Am ungünstigsten haben die Sägewerke und die Berliner Betriebe abgeschnitten.

Der Rückgang der Holzpreise scheine zum Stillstand gekommen zu sein, nachdem sich allenthalben die Erkenntnis durchgerungen habe, dass niemand auf die Dauer mit Verlust produzieren oder verkaufen könne. Wenn auch vorläufig nur von Hand zu Mund gekauft werde, so verlange der allgemeine Rückgang der Lager doch eine notwendige Auffüllung, der auf der anderen Seite eine stark eingeschränkte Produktion gegenüberstehe. Auch könne die vorläufig noch bestehende Einfuhrsperre für Schnittholz aus Polen der Befestigung der Lage auf dem Holzmarkt nur günstig sein.

Geschwätz

Das Organ der Vereinigung der Berliner Holzindustriellen, „Das deutsche Holzgewerbe“, ist mit unserer Kritik an den wirtschaftspolitischen Wünschen der Tischlermeister in Nr. 15 der „Holzarbeiter-Zeitung“ sehr unzufrieden. Es lässt sich von einem Berliner Tischlermeister eine Erwiderung schreiben, der um den Kern der Dinge herumgeht wie die Katze um den heissen Brei, im übrigen aber frisch drauflosschwätzt.

Wir haben nicht die Absicht, uns mit ihm ernsthaft auseinanderzusetzen. Denn was soll man dazu sagen, wenn er eine allgemeine Forderung des Reichsverbandes für das Tischlergewerbe allein mit dem Hinweis auf die Berliner Verhältnisse begründet. Würde die Reichsregierung vorschreiben, wie gewisse Tischlermeister es fordern, dass die Arbeiten für Bauten mit Hauszinssteuermitteln nur von ortsaussässigen Handwerkern ausgeführt werden dürfen, so würden die Berliner und die Handwerker anderer Grossstädte dabei gewinnen. Für die Unternehmer und die Arbeiter in den Mittel- und Kleinstädten wäre dies aber ein schwerer Schiag. Wenn der Unternehmerverband auf seine Mitglieder in diesen Orten keine Rücksicht nimmt, so ist dies seine Sache. Wir denken aber nicht nur an unsere Kollegen in Berlin, sondern an alle im ganzen Reich.

Die Ausführungen des Berliner Tischlermeisters über den Verwendungszwang für

deutsches Holz beweisen, dass er Worte zu machen versteht, ohne sich dabei etwas zu denken. Wo deutsches Holz ohne Schaden für die Qualität der Arbeit verwendet werden kann, muss dies im Interesse der heimischen Holzwirtschaft geschehen. Dieser Standpunkt ist hier mehr als einmal vertreten worden. Wenn die Tischlermeister der gleichen Meinung sind, warum handeln sie nicht danach? Wer hindert sie, heute schon in erster Linie deutsches Holz zu verarbeiten? Man komme uns nicht mit der Ausrede, es werde in vielen Fällen die Verwendung von ausländischem Holz vorgeschrieben. Gewiss, das kommt sehr oft vor, aber noch öfter wird ausländisches Holz aus freien Stücken verarbeitet, sei es, weil es qualitativ besser oder billiger ist.

Auffällig in der Erwiderung des Tischlermeisters ist, dass er nur von amerikanischem Holz spricht. Anscheinend hat er, im Gegensatz zu seiner Verhandlungskommission, gegen das polnische, tschechische, russische, finnländische und schwedische Holz nichts einzuwenden. Und wo steht in den veröffentlichten Forderungen, dass die Tischlermeister sich nur gegen die Einfuhr von Schnittholz wenden? Vielleicht haben sie das tun wollen, in den Forderungen ist aber von Holz schlechthin die Rede. Wenn der Tischlermeister also schreibt: „Auch volkswirtschaftlich würden die Arbeitnehmer gut tun, sich den Wünschen der Tischlermeister anzuschliessen, da die im geschnittenen Zustande importierten amerikanischen Weichhölzer der Sägewerksindustrie keine Arbeit geben, so dass viele hundert Gatter bereits heute zum Feiern verurteilt sind“, so ist das ein Versuch, den Forderungen der Tischlermeister eine Bedeutung zu geben, die sie wirklich nicht haben. Und seine Behauptung, dass unsere Stellungnahme „dem Gewerbe und den Holzarbeitern nur Schaden bringt“, ist gedankenloses Geschwätz.

Internationale Bleistiftgeschäfte

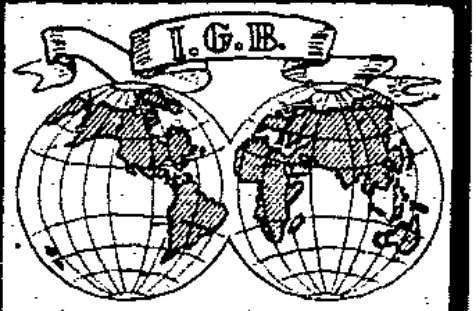
Die Zeitungen berichten über die Gründung von zwei Bleistiftfabriken in Hermannstadt (Rumänien): 1. Bleistiftfabrik AG. Koh-i-Noor L. u. C. Hardtmuth und 2. Apollo Johann Faber AG. Der Gründer beider Gesellschaften ist die Rumänische Bleistiftfabrik AG. in Hermannstadt, und diese wiederum ist ein Unternehmen der Firmen Hardtmuth in Budweis (Tschechoslowakei) und Johann Faber AG. in Nürnberg. Über die Zusammenarbeit beider Weltfirmen der Bleistiftindustrie haben wir in Nr. 1/1931 bereits berichtet. Die Zeitschrift „Industrie und Handel“ schreibt über die zwei neuen Aktiengesellschaften:

„Beide Aktiengesellschaften sind nur Vertriebsgesellschaften für die Rumänische Bleistiftfabrik Aktiengesellschaft (Aktienkapital 12 Millionen Lei), an welcher L. u. C. Hardtmuth und Johann Faber und ausserdem noch einige andere Aktionäre, darunter die Graziosa Mill Pantle & Co. AG., interessiert sind. Die Aktionäre der Rumänischen Bleistiftfabrik AG. haben einen Syndikatsvertrag abgeschlossen, der eine Gleichberechtigung der beiden Gruppen Johann Faber und Hardtmuth anstrebt. Die Rumänische Bleistiftfabrik AG. erzeugt je nach Bedarf und im Verhältnis der Aufträge, die sie von den Gruppen Hardtmuth und Faber erhält, nach der Erzeugungsweise Hardtmuth oder Faber Bleistifte für die oben erwähnten Vertriebsaktiengesellschaften und liefert sie an diese ab. Die Rumänische Bleistiftfabrik AG. ist demnach eine sogenannte „Lohnfabrik“ der beiden Gesellschaften Koh-i-Noor und Apollo Johann Faber.“

Inwieweit das rumänische Geschäft der Faber AG. in Gang kommt, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall aber geht es auf Kosten der deutschen Industrie und damit auf Kosten der deutschen Bleistiftarbeitern und Bleistiftarbeiter.



Gewerkschaftsbewegung



Was geht in Sachsen vor?

Die Wirtschaftskrise wird im Freistaat Sachsen besonders schwer empfunden. Im Holzgewerbe liegt die Arbeitslosigkeit in Sachsen über dem Reichsdurchschnitt, und in anderen Gewerben dürfte es ähnlich sein. Wenn bei zu treffenden Massnahmen für die Belebung der Wirtschaft Sachsen besonders berücksichtigt würde, wäre das an sich berechtigt. Eine besondere Berücksichtigung verlangen auch die sächsischen Unternehmer, aber merkwürdigerweise geht ihr Verlangen dahin, dass in Sachsen die Löhne und die Lebenshaltung der Arbeiter noch weit stärker herabgedrückt werden als sonst im Reich.

Das ist die übliche Einstellung des Unternehmers, das in dem Arbeiter nur einen Faktor in der Berechnung der Produktionskosten erblickt. Der Arbeitslohn ist der Posten in der Rechnung, der sich nach Ansicht der Unternehmer am leichtesten drücken lässt. Bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit ist der Andrang am Arbeitsmarkt so stark, dass nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage der Arbeitslohn auf ein Minimum herabgedrückt werden könnte. Für den Gedanken, dass die Arbeiter Menschen sind mit Kulturbedürfnissen, dass mit der Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiter zugleich das Kulturniveau des Volkes gesenkt wird, haben die Unternehmer kein Verständnis. Sie denken auch nicht daran, dass mit der Erziehung der Massen zur Bedürfnislosigkeit der Bedarf an Waren zurückgeht und die Produktion ungünstig beeinflusst wird. Sie wollen die Löhne drücken und sie empfinden den gesetzlichen Arbeiterschutz als eine lästige Hemmung in diesem Streben.

Die sächsischen Unternehmer entwickeln eine besondere Aktivität; sie bestürmen die Reichsregierung mit der Forderung, ihnen bei ihren Lohnabbauanstrebungen weitgehende Hilfe zu leisten. Und es scheint fast, als fänden ihre Wünsche bei den massgebenden Stellen ein geneigtes Ohr. Bei Verhandlungen, die kürzlich für die sächsische Sägewerksindustrie geführt wurden, erwähnte der Unternehmervertreter eine angebliche Äusserung des Reichsarbeitsministers Stegerwald, wonach die seit 1925 betriebene Lohnpolitik gänzlich falsch gewesen sei, und dass sie von Grund auf geändert werden müsse, wenn wir unsere Wirtschaft erhalten wollten. Ob das Wort des Ministers richtig zitiert wurde, sei dahingestellt, offenbar aber sprach der Unternehmersyndikus unter dem Eindruck der kurz zuvor geführten Verhandlungen der sächsischen Industriellen mit den massgebendsten Vertretern der Reichsregierung.

Auf Wunsch des Verbandes sächsischer Industrieller haben in jüngster Zeit wiederholt Besprechungen beim Reichsarbeitsminister stattgefunden, um zu erreichen, dass den Schlichtungsbehörden Anweisungen im Sinne der Unternehmerwünsche gegeben werden. Die Syndikate der sächsischen Arbeitgeberverbände haben eine Menge Material gesammelt, um für die einzelnen Industriezweige den Nachweis zu führen, dass die Löhne in der Nachkriegszeit in Sachsen weit stärker gestiegen seien als in anderen Gebieten und dass deshalb die Löhne jetzt weit stärker gesenkt werden müssten. Hierbei spielen auch die Löhne in den verschiedenen Zweigen der Holzindustrie eine erhebliche Rolle.

Am 21. April wurden auch die Vertreter der Gewerkschaften gehört. Zu einer in Leipzig abgehaltenen Sitzung waren einige Vertreter aus dem Reichsarbeitsministerium und dem sächsischen Arbeitsministerium sowie der selbstvertretenden Mitglieder für Sachsen und die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse erschienen. Die Gewerkschaften waren durch den Bezirkssekretär des ADGB, sowie durch einige Gastvorträge vertreten. Hierbei wur-

den die Verhältnisse in den verschiedenen Industriezweigen durchgesprochen.

Darüber hinaus wurde vom Bezirkssekretariat eine umfangreiche Denkschrift ausgearbeitet, in welcher für die einzelnen Industriezweige, gestützt auf reiches Zahlenmaterial, der Nachweis geführt wird, dass die Behauptung der Unternehmer von den übersteigerten Löhnen in Sachsen der Wahrheit nicht entspricht. Die Bedeutung der Aktion ist in ihrem vollen Umfang noch nicht deutlich zu erkennen. Der Wunsch der Unternehmer geht offenbar dahin, dass die Öffentlichkeit möglichst wenig von dem Kulissenspiel erfahre; ihnen genügt es völlig, wenn sich nachher die Wirkung offenbart. Aufgabe der Gewerkschaften in Sachsen muss es sein, das Spiel der Unternehmer zu durchkreuzen. Über die Schwierigkeit dieser Aufgabe darf man sich keinem Zweifel hingeben angesichts der Tatsache, dass die Reichsregierung auch ohnehin dem Abbau der Löhne grosse Sympathie entgegenbringt.

Fachausschuss für die Gewerkschaftspresse

Seit zwei Jahren besteht der Fachausschuss der Gewerkschaftspresse. Er ist eine Einrichtung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und dem Bundesvorstand und dem Bundesausschuss verantwortlich. Nach den vom Bundesausschuss beschlossenen Richtlinien hat er die Aufgabe, die Ausgestaltung der Gewerkschaftspresse durch Beratung der Redakteure zu fördern. In den dem ADGB angeschlossenen Verbänden gibt es 77 Gewerkschaftszeitungen, davon sind 33 Verhandlungsorgane, 12 Branchenblätter und sonstige Zeitschriften, 16 Jugendblätter und 16 fachtechnische Zeitschriften. An diesen Blättern sind 80 Redakteure beschäftigt, davon 49 im Hauptberuf.

Auf einer am 21. und 22. April abgehaltenen Konferenz der Gewerkschaftsredakteure, die in dem neuen Verwaltungsgebäude des Metallarbeiter-Verbandes in Berlin tagte, erstattete der Fachausschuss einen Bericht über seine Tätigkeit, die, was allgemein anerkannt wurde, äusserst nutzbringend gewesen ist. Die seitherigen Mitglieder des Fachausschusses: Hermann Scheffler (Holzarbeiter-Zeitung), Hugo Dressel (Der Textilarbeiter), Anton Laukes (Einigkeit), Edwin Nenninger (Keramischer Bund) und Richard Seidel (Gewerkschafts-Zeitung) wurden wiedergewählt.

Eine recht anregende Aussprache knüpfte sich an den Vortrag über das Thema „Rationalisierung als Bewegung“, der von Herrn Otto Schäfer, dem geschäftsführenden Vorstandsmittglied des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit, gehalten wurde. Im Anschluss an die Konferenz besichtigten die Teilnehmer die Fahrradfabrik Lindcarwerk, wobei sie einen recht guten Eindruck von diesem den Gewerkschaften gehörigen Industrieunternehmen gewannen.

Zwei Veteranen

Dieser Tage wurde die Arbeiterschaft daran erinnert, dass zwei Veteranen, die mit an der Wiege der deutschen Gewerkschaftsbewegung standen, noch in verhältnismässiger Frische unter uns weilen. Am 25. April beging Johann Scherm seinen achtzigsten Geburtstag, am 28. April wurde Wilhelm Bock 85 Jahre alt. Enge persönliche Beziehungen haben zwischen den beiden Alten wohl kaum bestanden, aber sie haben beide das miteinander gemein, dass sie Gründer und langjährige Redakteure von Gewerkschaftsblättern waren, und zwar von Gewerkschaftsblättern, die beide erst den Anstoss zur Gründung der Organisation gaben, deren Verbandsorgan sie dann wurden.

Wilhelm Bock in Gotha war schon Vorsitzender der vorsozialistengesetzlichen Organisation der Schuhmacher. Als diese 1878 aufgelöst und das Fachblatt ver-

boten wurde, gründete er alsbald ein neues Fachorgan, das er über manche Fährlichkeiten hinwegbrachte. Erst im Jahre 1883 konnte man es wagen, unter der führenden Mitarbeit von Bock eine neue Zentralorganisation der Schuhmacher ins Leben zu rufen. Bis zum Jahre 1920 war Bock Redakteur des „Schuhmacher-Fachblatt“. Bock ist auch in der Sozialdemokratischen Partei eine historische Figur. Im Jahre 1875 war er Vorsitzender des Gothaer Kongresses, auf welchem die Vereinigung der sozialdemokratischen Fraktionen, der Eisenacher und der Lassalleaner vollzogen wurde. Und wiederum leitete er im Jahre 1920 den Parteitag in Nürnberg, auf welchem die Wiedervereinigung der Unabhängigen mit der Sozialdemokratischen Partei erfolgte. Im Jahre 1877 wurde Bock zum ersten Male in den Reichstag gewählt, dessen ältestes Mitglied er lange Zeit war, bis er im Jahre 1930 auf die Wiederwahl verzichtete.

Johann Scherm hat schon in jungen Jahren in Nürnberg den Anschluss an die Arbeiterbewegung gefunden. Eine enge Freundschaft verband ihn mit Karl Grillenberger, dieser markanten Gestalt aus der Frühzeit der Sozialdemokratie. Mit Grillenberger gemeinsam gründete Scherm im Jahre 1883 die „Metallarbeiter-Zeitung“. Das Blatt wurde sehr bald das Bindemittel zwischen den zahlreichen Fachvereinen und beruflichen Zentralverbänden, aus denen erst im Jahre 1891 der Metallarbeiter-Verband entstand. Scherm hat sich auch in der Sozialdemokratischen Partei hervorragend betätigt. Eine Reihe von Jahren gehörte er dem bayerischen Landtag an. Als im Jahre 1903 die „Metallarbeiter-Zeitung“ an den Sitz des Verbandsvorstandes verlegt wurde, siedelte auch Scherm nach Stuttgart über. Bis zum Jahre 1919 blieb er Redakteur des von ihm gegründeten Blattes.

Die beiden Alten verkörpern in ihrer Person ein gutes Stück deutscher Gewerkschaftsgeschichte. Sie können mit Stolz auf die Bewegung blicken, für die sie einst mit dem Grundstein gelegt haben.

Wie sie schwindeln

Die Nazis und die Kozi sind in bitterster Feindschaft, einig sind sie nur, wenn es gilt, die Gewerkschaften zu begeiern. Da ist keine Lüge zu dumm, als dass sie nicht der eine vom anderen unbesehen abschreibt. Ein hübsches Beispiel für diese Zusammenarbeit brachte kürzlich die „Gewerkschafts-Zeitung“. Da hat ein obskures Naziblättchen von den 16905 Marxisten geschrieben, die um ihre einträglichen Pfirnde bangen. Mit den „16905 Marxisten“ sind die Angestellten der freien Gewerkschaften gemeint. Das Naziblättchen nennt auch die Quelle für seine Behauptung. Es schreibt:

„So finden wir in der Münzenbergischen Zeitschrift „Roter Aufbau“ folgende Aufstellung:

Gewerkschaftsangestellte:	
ADGB. = Bundesbüro und Bezirkssekretariate	53
ADGB. = Ortsausschüsse und Arbeitersekretariate	314
AIA-Bundesbüro	20
Deutscher Metallarbeiter-Verband (inkl. techn. Pers.)	1083
Fabrikarbeiter-Verband (ohne Schreibhilfen)	441
Baugewerksbund (mit Hilfskräften)	569
Holzarbeiter-Verband	285
Bergarbeiter-Verband 1927	202
Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verband	208
Übrige dem ADGB angeschlossene Verbände	2280
AIA-Bund und ADB	644
Pensionierte	946
Zusammen	16905

Wenn man diese Zahlenreihe addiert, dann kommt man auf 7045 Angestellte. Ob diese Zahl richtig ist, können wir im Augenblick nicht nachprüfen. Der Kommunist, der die Tabelle zusammengestellt hat, schreibt aber dreist 16905. Er kennt sein Publikum und weiss, dass es nicht nachprüfen, sondern mit der Zahl 16905 operieren wird. Die Vermutung hat sich als richtig erwiesen, prompt kommt der Nazi und zitiert den Kozi als Kronzeugen für seinen Schwindel. Ja, ja, der Nazi und der Kozi, sie sind einander wert.

Werkspionage

Als vor einiger Zeit die Machthaber in Moskau in grosser Aufmachung einen Prozess gegen angebliche Saboteure der russischen Wirtschaft inszenierten, da mimte die kommunistische Presse in Deutschland fürchterliche Entrüstung. Der Tod der Angeklagten war das mindeste, was die Kommunisten in Deutschland verlangten. Wenn wir uns recht entsinnen, wurden auch Zeitschriften veröffentlicht, in denen sich Fanatiker anboten, Henkersdienste zu verrichten.

Ob die Angeklagten im Moskauer Prozess wirklich schuldig waren oder ob der Prozess lediglich angestrengt wurde, um der bolschewistischen Propaganda zu dienen, sei dahingestellt. Fest steht jedoch, dass die gleichen Kommunisten, die sich über eine angebliche Schädigung der russischen Wirtschaft so ungeheuer entrüsteten, es ganz in der Ordnung finden, dass die kommunistische Organisation in den Dienst einer grosszügigen Werkspionage gestellt wird, die geeignet ist, zum Vorteil der russischen Wirtschaft der deutschen Industrie und damit auch der deutschen Arbeiterschaft schweren Schaden zuzufügen.

Anfang April wurde der kommunistische Führer Wilhelm Dienstbach in Höchst am Main verhaftet. Er war Betriebsratsmitglied der Höchster Farbwerke und gleichzeitig der Leiter einer geheimen Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, Fabrikationsgeheimnisse der I. G. Farben auszuspiionieren. Diese Spionage sollte Russland instand setzen, chemische Erzeugnisse im eigenen Lande herzustellen, die es jetzt aus Deutschland beziehen muss. Dass eine solche Werkspionage, wenn sie erfolgreich ist, viele deutsche Arbeiter brotlos machen muss, liegt auf der Hand.

Ausser Dienstbach ist auch dessen Auftraggeber Erich Steffen verhaftet worden. Das ist ein besonders verächtliches Subjekt. Er nannte sich Sekretär einer kommunistischen Fabrikarbeiter-Internationale. Als Führer der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition hat er die Spionageorganisation aufgezogen, durch die er eine grosse Zahl von Arbeitern, die ihm dienstbar waren, ins Unglück gestürzt hat. Selbstverständlich war dieser Steffen auch sehr leistungsfähig in der Beschimpfung der Gewerkschaft und ihrer Führer. Seine Leistungen sind kennzeichnend für die Zwecke und Ziele, welche die RGO. in Deutschland verfolgt.

Personalien aus der Gewerkschaftsbewegung

Der Vorsitzende des Einheitsverbandes der Eisenbahner, Franz Scheffel, konnte am 16. April sein 25jähriges Jubiläum als Gewerkschaftsangestellter feiern. Scheffel hat als Schlosser gelernt. Er war 33 Jahre alt, als er im Jahre 1906 zum Vorsitzenden des Verbandes der Maschinisten und Heizer gewählt wurde. Vorher war er mehrere Jahre ehrenamtlicher Gauleiter in diesem Verband. Als nach der Revolution der Eisenbahner-Verband auf eine neue Grundlage gestellt wurde, wurde Scheffel im Jahre 1919 zum Vorsitzenden dieser Organisation berufen, die er seither erfolgreich leitet. Seit dem Jahre 1928 ist Scheffel auch Mitglied des Reichstages.

Auch der Vorsitzende des Baugewerksbundes, Nikolaus Bernhard, kann auf eine 25jährige Tätigkeit als Gewerkschaftsangestellter zurückblicken. Er war 25 Jahre alt, als er am 1. Mai 1906 zum Angestellten des Maurer-Verbandes in Pforzheim gewählt wurde. Später wirkte er für seine Organisation in Strassburg und dann wurde er ins Hauptbüro seines Verbandes berufen. Im Jahre 1922 wurde er Zweiter Vorsitzender und im Jahre 1927 als Nachfolger Paepflos Erster Vorsitzender des Baugewerksbundes. Bei den letzten Wahlen wurde Bernhard auch in den Reichstag gewählt.

Unterhaltung und Wissen



Der hässliche Vogel

Von Theodor Lauernik

(Schluss)

Robert hatte aber auch einen Fehler. Er liebte die Fremden nicht. In Gegenwart von Fremden bewahrte Robert strengste Ruhe. War es Schüchternheit? War es Stolz? Wie viele Male hatten Pionteks versucht, mit den intellektuellen Fähigkeiten ihres „Stiefkindes“ zu glänzen. Aber Robert verweigerte jede Zurschaustellung seiner Künste. Und dieser Fehler Roberts sollte auch das Unglück der Pionteks werden.

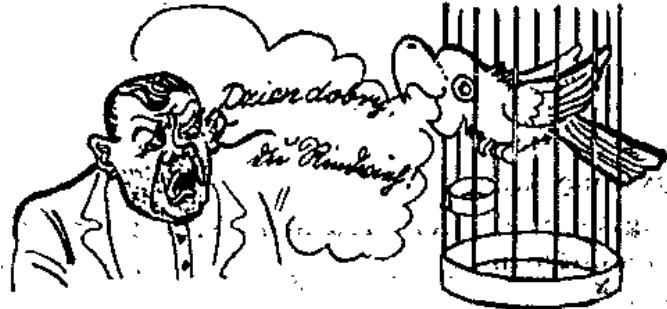
Eines Abends erschien, wie öfter schon, der polnische Freund Pionteks. Dieser hatte auf einmal ein besonderes Interesse, dem Papagei in der Sprache seines Landes die Worte „Guten Morgen“ beizubringen, obwohl die Abenddämmerung schon ihre Schatten warf. Er pflanzte sich vor dem Käfig Roberts auf und sagte schmeichelnd, süßlich: „Dzién dobry, Robert!“

Der Vogel neigte seinen kleinen hübschen Kopf zur Seite und sah den Polen misstrauisch an.

Der Pole begann wieder „Dzién dobry, Robert!“

Robert, bis jetzt noch ruhig, hielt sich in Bereitschaft. „Dzién dobry, Robert“, wiederholte der Pole, einmal, zweimal, dreimal, in der Hoffnung, auf das Gedächtnis des Vogels einzuwirken.

Endlich verlor Robert die Geduld, und ärgerlich den Schnabel öffnend, rief er mit beissendem Hohn: „Dzién dobry, du Rindvieh!“



Ohne Gruss, mit Rachegefühlen im Herzen, verschwand der Pole aus der Behausung Pionteks. Pionteks tröstete sich über den Verlust ihres einzigen Freundes. Mochte er glauben oder nicht, dass sie den Vogel zu diesem Zwecke dieses schändliche Wort gelehrt hatten.

Ein viel schwereres Ereignis sollte den Frieden dieser ehrenhaften Familie stören. Eines Tages musste Meister Piontek die Wahrnehmung machen, dass er nicht imstande war, das Bett zu verlassen. Bis ins Innerste aufgewühlt, liess er seinem Chef, Herrn Biermann, die Nachricht zugehen. Rheumatismus hinderte ihn, sich zu erheben.

„Totgeschindert“, meinte einer der dort arbeitenden Kollegen, „der Schmarotzer verdient es nicht besser.“

Mit gemischten Gefühlen nahm der Herr Chef die Nachricht von der Erkrankung seines Meisters auf. Soll er denn nun in eigener Person den Antreiber machen? Es war doch immer viel einfacher, sich auf sein soziales Verständnis zu berufen und jene Antreibermethoden, die im Geschäftsleben nun einmal üblich sind, dem allzeit willigen Piontek zu überlassen.

Am dritten Tage hielt es ihn nicht länger. Er war misstrauisch geworden. Sollte sich Meister Piontek etwa gar ein paar faule Tage auf seine Kosten machen? ... Er machte sich also auf den Weg. Meister Piontek aufzusuchen. Langsam, wie es einer Person seines Umfangs und seiner Bedeutung zukam, stieg er die vier Treppen zur Wohnung Pionteks hinauf. Frau Piontek hatte gerade die Wohnung verlassen und hatte ihrem Mann empfohlen, unter keinen Umständen das Bett zu verlassen, wie es der Arzt angeordnet hatte.

Der Chef, Herr Biermann, klingelte. Sofort hörte er eine Fistelstimme lebhaft rufen:

„Wer ist da?“

„Herr Biermann“, antwortete der Chef und dachte bei sich: „Die Leute sind sehr misstrauisch im Hause der Pionteks! Oder irrtet vielleicht mein Meister, überrascht zu werden?“

Die Fistelstimme gab bald zurück: „s ist gut! s ist gut!“

Er wartete einige Sekunden; fand die Zeit zu lang und klingelte von neuem. Dieselbe Stimme, mit derselben Lebhaftigkeit fragte: „Wer ist da?“

„Herr Biermann“, antwortete der Herr Chef nun schon ärgerlich.

Und wieder wie das erstemal die eilig zurückgegebene Antwort: „s ist gut! s ist gut!“

Der Herr Chef wartete weiter. Sein Meister war ohne Zweifel dabei, sich zu entkleiden und ins Bett zu legen. Aber die Sekunden wurden lang, die Minuten unendlich. Herr Biermann wurde ungeduldig. Nun wollte er zum letztenmal klingeln. Und andauernd drückte er mit nervöser Beschleunigung auf den Knopf.

Jetzt ereignete sich das Unglück. In endloser Reihenfolge und grenzenloser Erregung hörte man hinter der Tür nur das eine Wort: „Oller Dussel, oller Dussel, oller Dussel.“



Nachbarninnen traten neugierig auf die Treppe. Das Gefühl einer fürchterlichen Entwürdigung stieg in das Gesicht des Herrn Biermann und zeichnete karminrote Flecke auf seine Wangen. In ungeheurer viel kürzerer Zeit, als er gebraucht hatte, um hinaufzukommen, war er die vier Treppen hinuntergesprungen. Zu Hause angekommen, setzte sich der Herr Chef an die Schreibmaschine und schrieb einen gefühlvollen Brief, in welchem Meister Piontek „gebeten wurde, für immer zu Hause zu bleiben“ und „den ausgezeichneten Wortschatz, der sein Haus entehrte, für sich zu behalten“.

Herr Biermann weigerte sich, Frau Piontek zu empfangen, welche gekommen war, ihm zu erklären, dass die Stimme, welche

Unser Schrei

Aus dunklen Mietkasernen schreit, Von schwerer Sorge und Not kastelt, Gequältes Menschentum, elendgebunden Die Seele zerknickt, den Leib zerschunden, Nach Erdenglück und Gerechtigkeit ...

Die Hände möchten ja gerne schaffen, Und sei es auch nur, um blasierten Laffen Noch mehr des Mammons zuzuschancen, Zu füllen ihre feisten Ranzen Und ihnen schnöden Gewinns zu erraffen ...

Sie möchten schaffen, um schlichte Freude Den Menschen zu bringen nach langem Leide, Das bittere Arbeitslosigkeit In ihre armen Herzen gestreut, Das sie gehetzt an des Abgrunds Schneide ...

Das ist der grelle Missklang der Welt: Millionen werden vom Hunger zerquält, Indessen der Arbeit Überfluss In berstenden Schauern verkommen muss, In vollen Lagern verfault und zerfällt ...

Da sprecht ihr von Frieden und Wohlgefallen? Unser Schrei soll euch in die Ohren hallen, Der Schrei der Armen, des Schicksals Knechte, Die schreien um ihre Freiheit, Rechts zu kämpfen, an dieses Unrecht gefallen ...

Jewohl! Das Unrecht der Welt muss verschwinden! Ihr müsst euch, Proleten, in Einigkeit finden, Entschlossen kämpfen um Freude und Frieden, Dass Wohlgefallen allen beschieden — Und um des Menschenrechts Freistaat zu gründen!

er hinter der Tür hörte, die Stimme eines Papageien war.

Dem Mädchen, welches ihm dies sagen sollte, antwortete er mit einem Achselzucken: „Erst haben sie mich für einen Polacken gehalten und jetzt wollen sie mich noch zum Dummkopf machen.“

Die Nachbarinnen der Familie Piontek waren gleich dahintergekommen, was nach dem stürmischen Auftritt zwischen dem Herrn Chef und Robert geschehen war. In heller Freude — Schadenfreude ist immer die reinste Freude — flüsternten sie einander zu: „Seine Schurkereien haben ihm doch nichts genutzt. Er hat die Klinke nicht mitgekriegt. Mag er stempeln gehen.“

Wie das Mahagoniholz nach Europa kam

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts hatte der berühmte englische Arzt Dr. Gibbons von seinem Bruder, einem Kapitän im Dienste der Westindischen Handelskompanie, der ein paar Stämme Mahagoni heimgebracht hatte, diese geschenkt bekommen. Dr. Gibbons, der sich damals gerade ein Haus in Covent Garden in London bauen liess, wollte das kostbare Holz als Balkenwerk verwenden. Doch die Zimmerleute fanden es zu hart, als dass es mit den gewöhnlichen Handwerkszeugen bearbeitet werden konnte. So wurden denn die unverwendbaren Stämme in den Garten geschafft, wo sie lange Zeit unbeachtet liegenblieben. Eines Tages brauchte man ein paar Bretter und fand beim Suchen unter den Mahagonistämmen auch einige lose Bretter aus demselben Holz. Dr. Gibbons war so entzückt von der Schönheit des Holzes, dass er einen Schreibtisch aus dem gleichen Material haben wollte, und da er das Glück hatte, einen geschickten Tischler zu finden, gelang das Werk auch über Erwarten. Dr. Gibbons, der nicht wenig stolz war, zeigte den schönen Tisch Freunden und Bekannten, so auch der Herzogin von Buckingham, die sich Material zur Anfertigung eines Schreibtisches erbat. Damit gelangte das Mahagoniholz in England zur Anerkennung, und um 1730 wurde es in der Tischlerei allgemein verwandt. Von England verbreiteten sich dann die Mahagonimöbel über Europa.

Rote Späne

Soziales Mitgefühl. Das Mädchen: „Ich soll einholen, gnä' Frau? Aber es ist ein solches Unwetter draussen, dass man keinen Hund hinausjagen möchte!“ — Die Gnädigste: „Sie haben recht, Erna! Lassen Sie den Hund hier und machen Sie die Besorgungen allein!“

Mondäne Sorgen. Sie: „Diese ewigen Bälle und Veranstaltungen nehmen mich zu sehr mit. Mein Kopf ist vollkommen ausgehöhlt und leer!“ — Er: „Dein Kopf?! Das geht ja noch! Bei mir sind es leider die Taschen!“

Hinter den Nazi-Kulissen. „Heiliger Wotan, wie ist es langweilig, vor diesen Hornochsen zum hundertsten Male die gleiche Rede zu halten!“ — „Zum mindesten aber nicht langweiliger, als das Blech anhören zu müssen!“

Adolfigeröntget. „Gegen wen sollen wir heute die Schärfe unseres nationalsozialistischen Schwertes richten?“ — „Einen Augenblick!“ sagte Hitler und zapfte sich den Mäusebart. „Ich muss erst die eingegangenen Postscheckabschnitte durchsehen!“

Der Geist von Locarno. Die Hasenmutter zu ihren Jungen: „Vorsichtig, vorsichtig, Kinder, wenn ihr einen Menschen mit einer Flinte auftauchen seht! Denn ich kann euch versichern, bis zu dieser Rasse ist der Geist von Locarno noch nicht gedrungen!“

Im Zeichen des Schmachtriemens. „Hier, Ihr Hering! Sonst noch was gefällig?“ — „Ne! Das Sonstnochwasgefällig ist mein Frühstück!“

Wie das Klavier erfunden wurde

Das Klavier ist keineswegs so alt, wie die Liebhaber dieses Instruments vielfach meinen; denn es entstand erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Bis dahin kannte man nur das Klavichord und die Klavizimbel, beides Instrumente, die ähnlich gebraucht wurden wie unsere heutigen Klaviere.

Das Klavichord war ein mit Saiten bespanntes Musikgerät, das ebenfalls durch Tastendruck zum Tönen gebracht wurde. Die Töne wurden erzeugt, indem die an den hinteren Teilen der Tasten befestigten Federkiele kurz über die gespannten Saiten strichen. Bei der Klavizimbel hingegen waren an den hinteren Teilen der Tasten keine Federkiele, sondern sogenannte Springer angebracht, die beim Niederdrücken der Tasten in die Höhe schnellten und die Saiten von unten her anrissen und zum Klingen brachten. Beide Instrumente waren allgemein sehr beliebt. Die berühmtesten Sänger und Sängerinnen der damaligen Zeit liessen sich bei ihren Vorträgen auf ihnen begleiten und Komponisten vom Range eines Johann Sebastian Bach komponierten hier und da Musikstücke für sie.

Da geschah es, dass der berühmte Instrumentenmacher und Verwalter der Medizinischen Musikinstrumentensammlung, Christofori, im Jahre 1719 einem Konzert des deutschen Musikers Pantaleon Hebenstreit im Palaste des Herzogs von Medici in Padua beiwohnte und das merkwürdige Instrument, das der Deutsche „Hackebrett“ nannte, kennenlernte. Dieses Hackebrett war eine mit vielen Saiten bespannte kleine Holzplatte. Schlug man, wie Hebenstreit es tat, mit kleinen Holzhammerchen, deren Köpfe mit Lederläppchen umwickelt waren, auf die Saiten, so konnte man dadurch eine seltsam liebliche Musik erzeugen.

Das brachte nun Christofori auf den Gedanken, am Ende der Klavizimbeltasten solche kleinen, mit Leder umwickelten Holzhammerchen anzubringen, die dann durch Aufschlagen auf die Saiten bald schönere Töne hervorbringen sollten als die bisherigen Springer der Klavizimbel. Eine besondere Vorrichtung sorgte dafür, dass die Hammerchen nach dem Aufschlagen sofort wieder in die Höhe schnellten; denn andernfalls hätten ja die Saiten nicht klingen können.

Der Herzog von Medici, der ein grosser Musikfreund war, finanzierte nun die geniale Idee Christoforis, der dann auch tatsächlich nach zahlreichen vergeblichen Versuchen im Jahre 1720 das erste Hammerklavier erfand.

Leider blieb der von dem Erfinder erhoffte Erfolg aus; denn niemand wollte nach des Herzogs Tode etwas von dem neuartigen Instrument wissen. Christoforis Name fiel der Vergessenheit anheim, und wer weiss, was aus seiner Erfindung geworden wäre, wenn nicht der berühmte Dresdener Orgelbaukünstler Gottfried Silbermann sie aufgegriffen, vervollkommenet und zum Allgemeingut der Menschheit gemacht hätte.

Auch Silbermanns Hammerklavier fand zunächst nur wenig Beifall; denn selbst J. S. Bach, dem es zur Prüfung und Begutachtung zur Verfügung gestellt wurde, konnte sich nicht dafür begeistern. Aber schliesslich setzte sich die Erfindung trotz allem durch und wurde nach verschiedenen weiteren Verbesserungen zu dem, was sie heute ist.

Das erste Hammerklavier, das Christofori im Auftrage seines Herzogs im Jahre 1720 konstruierte, steht im Metropolitan-Museum in Neuyork, während sich das zweite, 1726 erbaute, im Privatbesitz eines Florentiner Sammlers befindet. Auch das Hackebrett Hebenstreits ist erhalten geblieben und ist heute Eigentum der russischen Familie Wobitschenko, deren Mitglieder sich als direkte Nachkommen Hebenstreits betrachten. Gotthard Brodt.

Bücher und Zeitschriften

Alle hier angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Die Bildhauerei. Fachschrift für das Bildhauergewerbe. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin. Heft 1, 1931. Preis 3 Mk. Für Verbandsmitglieder beim Bezuge durch die Ortsverwaltungen 2 Mk. — Der Bearbeiter der Bildhauerhefte, Paul Dupont, schreibt in seinem Einführungsansatz unter anderem: „Unsere Bildhauerhefte sollen der Öffentlichkeit zeigen, dass es falsch ist, den plastischen Schmuck, das Ornament, in Gegensatz zu bringen zur Zweckmäßigkeit und Sachlichkeit. Gerade in einer Zeit der Verwirrung sondergleichen sollte man Kunst, Kunstgewerbe und Kunsthandwerk als eine Oase betrachten in dieser Wüste der Verwirrung.“ Das Heft enthält 92 Abbildungen ausgeführter Arbeiten in Holz und anderem Material sowie von Modellen. Möge der Inhalt dieses neuen Bildhauerheftes für den plastischen Schmuck erfolgreich werden, zum Besten des schwer daniederliegenden Bildhauergewerbes.

„Der Grosse Brockhaus.“ Band 8 (H bis Hz). 796 Seiten. Mit vielen Abbildungen und Karten. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig. Preis in Ganzleinen 26 Mk. (bei Umtausch eines alten Lexikons laut Sonderbedingungen 23,50 Mk.). — Vom „Grossen Brockhaus“ liegt nun der 8. Band vor. Was soll man über ihn berichten? Ausserlich ist — selbstverständlich — so schmuck wie seine Vorgänger. Inhaltlich steht

er ganz auf der Höhe. Nur wenige werden in ihm auf eine Frage innerhalb seines durch die Buchstaben H bis Hz vorgezeichneten Stoffgebietes keine Antwort finden. Und zwar knapp und klar, und doch erschöpfend. Der „Grosse Brockhaus“ ist kein trockenes wissenschaftliches Werk, sondern in enger Verbundenheit mit der Praxis für das tägliche Leben geschaffen worden. Auf eine andere wichtige Eigenschaft des „Grossen Brockhaus“ soll noch hingewiesen werden: die unbestechliche Sachlichkeit, mit der er über alle Dinge berichtet, die für den Menschen von heute von Wichtigkeit sind. Dies trifft vor allem in politischer und konfessioneller Hinsicht zu. Der Verlag schrieb dazu einmal: „Der ‚Grosse Brockhaus‘ will keiner Partei dienen, er will nicht richten, sondern berichten. Strittige Ansichten, deren ja zur Genüge vorhanden sind, werden nicht so oder so entschieden, sondern unbefangenen nebeneinander gebucht.“ Diesem Grundsatz ist der Verlag bisher treu geblieben, das beweist der Inhalt der vorliegenden 8 Bände.

Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkriege. I. Band: Rationalisierung — Fehltraktion — Rationalisierung. Von Otto Bauer. Verlag: Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI, Gumpendorfer Str. 18. Preis 4,30 Mk., in Leinen gebunden 5,50 Mk. — Der Verfasser ist der auch in Deutschland wohlbekannte Führer der österreichischen Sozialdemokratie. Wie seine früheren Bücher zeichnet sich auch das vorliegende Werk durch Gedankenschärfe und reiches Tatsachenmaterial aus. Bauer zeigt uns, wie die wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen in der Nachkriegszeit die technische Entwicklung beeinflussen, die Arbeitsweisen, die Arbeitsleistung, die Entlohnungsmethoden, die Organisation der Betriebe und die Methoden ihrer Führung verändert haben. Er

zeigt, wie der Rationalisierungskontinuum die internationale Wirtschaftskrise gefolgt ist, und er stellt dieser Entwicklung der kapitalistischen Welt die Entwicklung in der Sowjetunion, das Ringen um den Fünfjahresplan gegenüber. Auf Grundlage dieser Erfahrungen sucht er den Weg zur Rationalisierung der Weltwirtschaft. Der Band enthält folgende Abschnitte: Die technische Rationalisierung; Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit; Rationalisierung der Betriebswirtschaft; Rationalisierung und Gesellschaftsordnung.

Reise ins asiatische Tuwa. Von Dr. Otto Mänchen-Helsen. Verlag: Der Bücherkreis GmbH., Berlin SW 61. In Halbleinen gebunden 4,80 Mk. (Für Mitglieder des „Bücherkreises“ gilt ein Sonderpreis. Anmeldungen nehmen die Verwaltungen und die Verlagsanstalt unseres Holzarbeiter-Verbandes entgegen. Für 1 Mk. Monatsbeitrag erhält man vierteljährlich eine Zeitschrift und ein Buch nach freier Wahl.) — Der Verfasser hat als Leiter der Soziologischen Abteilung des Marx-Engels-Instituts in Moskau Tuwa durchstreift. Monatlang zog er zu Pferde durch das Land, lebte in den Jurten der Wanderhirten, besuchte Lamaklöster, studierte den alten Heidenglauben (Schananismus), erforschte Höhlen und Felszeichnungen. Tuwa liegt in einem mächtigen Talkessel im Herzen Asiens, zwischen der Wüste Gobi, dem Altaigebirge und den Sajanischen Bergen. Bis 1912 war es ein Teil Chinas, heute ist es eine selbständige Volksrepublik. Tatsächlich ist Tuwa eine Kolonie Sowjetrußlands und politisch, wirtschaftlich und geistig von ihm abhängig. Das Buch schließt mit einem skeptischen Ausblick in die ungewisse Zukunft des armen Tuwa. Hat doch China weder auf die Mongolei noch auf Tuwa endgültig verzichtet. Män-

chens Reisebericht, dem übrigens viele prächtige photographische Abbildungen beigegeben sind, bietet nach den verschiedensten Richtungen hin eine Fülle des Interessanten. Es bereichert unser Wissen über Vergangenes und Gegenwärtiges, und das in der denkbar unterhaltsamsten Art.

Im Verlag J. H. W. Dietz Nachf. in Berlin erscheinen folgende Zeitschriften, deren Bezug unseren Lesern empfohlen werden kann: Die Gesellschaft, Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Herausgegeben von Dr. Rudolf Hilferding. Erscheint monatlich. Preis jährlich 12 Mk. Vierteljahrsabonnement 4,50 Mk. — Die Frauenwelt. Illustrierte Zeitschrift für die schaffende Frau. Erscheint vierzehntäglich. Preis des Heftes 30 Pf., mit Schnittmusterbogen 10 Pf. mehr. — Die Gemeinde. Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Bezugspreis monatlich 90 Pf. — Der wahre Jakob. Illustrierte Zeitschrift für Satire, Humor und Unterhaltung. Erscheint vierzehntäglich. Preis pro Nummer 30 Pf. — Illustrierte Republikanische Zeitung. Erscheint wöchentlich. Preis der Nummer 20 Pf.

Sozialistische Bildung. Monatsschrift mit den ständigen Beilagen „Bücherwarte“ und „Sozialistische Erziehung“. Preis 1,50 Mk. im Vierteljahr. Probehefte stellt der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstrasse 3, gern zur Verfügung.

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Sonderangebot! Von dem Werk

DER TISCHLER

einer Fachbücherei für Schule und Werkstatt, können folgende Hefte ausnahmsweise für

1 Mark pro Heft

anstatt regulär 2 Mark abgegeben werden:

- Heft 1: Die Materialien des Tischlers von Maximilian Ehrlich
Heft 2: Die Holzverbände des Tischlers von Fritz Sauvage
Heft 3: Die Projektion von Georg Ganger
Heft 4: Die Konstruktion des Möbeltischlers von Fritz Sauvage
Heft 6: Die Maschinen des Tischlers von Maximilian Ehrlich
Heft 7: Die Kalkulation des Tischlers von Richard Anger

Lieferbar zu obigem Preise nur solange unsere Bestände reichen!

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarb.-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Meine Spezialität seit 1850
Qualitäts-Werkzeuge für Holzarbeiter
für Handgebrauch und Maschinenbetrieb, erstklassig, preiswert, handlich, volle Garantie. Zahlreiche freiwillige Anerkennungsbescheide. Viele Nachbestellungen. Machen Sie einen Versuch. Katalog und Preisliste kostenlos. WERKZEUGFABRIK M. HIESSINGER, NÜRNBERG

Sprechmaschinen-Laufwerke

zum Selbstebau, la Doppelschneckenfederwerk nur 11,50 Mk. 2 Seiten einer 30-cm-Platte spielend, mit allem Zubehör, noch 2 Tonarme, Trichter, Schalldosen und Teller in grosser Auswahl sowie Regulateur-, Tisch- und Hausuhrwerke zum Selbstebau, nach Katalog, der gratis und franco versandt wird von Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 10

Direkt in der Fabrik kaufen heisst Geld sparen!

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes Prima Arbeitshosen, Prima Pilotshosen, Prima Manchesterhosen, etc.

Leim- u. Furnieröfen v. 44. — Mk. an franko. Preisl. kostenl. Gebr. Bettinger, Freiburg i. B.

Tischlerfachschule Blankenburg (Harz) staatskommissar. Prof. Dr.-Ing. Klopfer. Ausbildung zum Werkmeister, Techniker, Innenarchitekten, Meisterkurse, Maschinenpraktikum für Serienfertigung. Priv. Leitung: Dir. Ludw. Reineking.

Gummiwaren Hygienisch, Artikel Preisliste O gratis. „Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jakobstrasse 8.

Bleistifte und Maßstäbe

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes Bleistift Nr. 275, Bleistift Nr. 284, Bleistift Nr. 498, etc.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, Postcheck (DHV.) 283 97

Ein neues Heft DIE BILDHAUEREI

1931, Heft 1, ist erschienen

Es enthält 92 Abbildungen vom Klassizismus bis zum Kubismus. Dazu einen Leitartikel „Das verlogene Ornament“. — Preis 3 Mark. / Für Verbandsmitglieder beim Bezuge durch die örtlichen Verwaltungen kostet das Heft nur 2 Mark. Von den früher erschienenen Heften sind noch lieferbar: 1925/26: Heft 5, 6, 7. 1927: Heft 1, 2, 3, 4. 1928: Heft 1, 2. 1929: Heft 1, 2, 3. 1930: Heft 1. Jedes Heft ist in sich abgeschlossen und einzeln lieferbar.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Abteilung Buchhandlung / Berlin SO 16 / Am Köllnischen Park 2

MARKEN-KAMERAS

wie Voigtländer, Zeiss-Ikon, Agfa, Leitz, Pat.-Etui, Nagel gegen Teilzahlung, ohne Aufschlag über Mark 20,— portofrei. — Tausch aller Apparate.



Kostenlose Fernberatung / Fordern Sie kostenlos 202seitigen Photo-Katalog Nr. 912. Deutschlands größt. Photo-Spezialhaus.

FELDSTECHER

Wer die Preise kennt, kauft nur bei Uhren-Klöße! Reklamepreis! Nur 2,50 Mk.

Advertisement for Uhren-Klöße watches, featuring an image of a pocket watch and a list of models with prices.

Der Film Im Westen nichts Neues

in 178 Kupfertiefdrucken für 1,50 Mk. zu beziehen von der Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Hobelbänke 65 RM

2 m lang, kompl., Stahlsp., la Qualität, Blatt beste ged. Roth. Preisl. gratis. Karl Rasmisch, Pirmas, Artilleriekaserne

Original-süddeutsche Hobelbänke 74 Mark, 2 m hintere Blattlänge, Stahlspindel. Werkzeug-Neuheiten. Preisliste gratis und franko. Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West.



Dieser Herren-Anker-Uhr

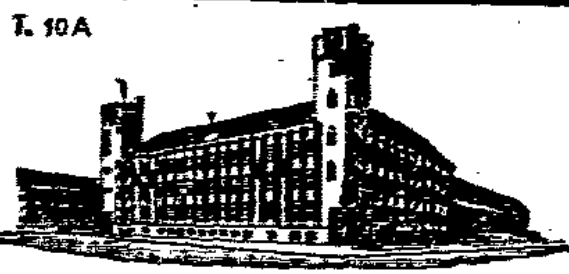
versüb., mit Goldrand und gut vergold. Kavalierkette zus. 6,35 Mk. Diese Uhr mit Nickelkett. u. Kapsel 5,35 Mk. 2 Jahreschriftliche Garantie! „Estra“-Uhren, Halle a. d. S. 38

Kollegen! Abonnieren das Fachblatt für Holzarbeiter

Intarsien aller Art Katalog gegen 50 Pf. in Briefmarken. E. Biber, Heidelberg, Theaterstrasse 7.

Billigebahn-Bettfedern nur reine, gutfüllend. Sorten. — Ein Kilo: grüne geschlossene 2,50 Mk. halbrisse 3 Mk., weisse 4 Mk. bessere 5 Mk., 6 Mk., damenweisse 7 Mk., und 8 Mk., beste Sorte 10 Mk., 12 Mk., weisse ungeschlossene, Ruppelbären 6,50 Mk. u. 7,50 Mk., beste Sorte 8,50 Mk. Versand franko zollfrei entgegen Nachn. Meisterfrei. Umtausch u. Rücknahme gestattet. Bede-Mat-Sachsel, Lebes Nr. 782 bei Pilsen (Böhmen).

Sperrholz Eiche, Birke, Lärche, Gabel, Kiefer, Oregon-pine, Mahagoni, Kiefer und alle anderen Sorten. — Niederverkäufer in allen Vertriebskreisen. — Kleinsten Mengen. — Brown & Rosenblaus Büro und Lager: Berlin SO 16, Köpenicker Str. 104. Tel. F7, Jannowitz 6416. Hauptlager: Berlin N 39, Torstr. 24. Telefon: C 5, Amt Harau 2729.



Josef Witt, Weiden 392 Oberpfalz.

Größtes Baumwollwebwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken.

gibt wie folgt ab: Ueber 2000 Arbeiter und Angestellte.

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes Weißes Hemdentuch, Vorhangstoff, Hemdenflanell, Hemdenflanell, Stuhltuch, Handtücher, Strickwolle.

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. 10 Pfund. — Versand von Mk. 10.— an; ab Mk. 20.— portofrei. Nichtabsprechendes wird auf meine Kosten zurückgenommen und der volle ausgelegte Betrag zurückbezahlt.